

**U16:
DEINE
WAHL**

**DEINE
ZUKUNFT**

ANTWORTEN
DER PARTEIEN
AUF EURE
FRAGEN





Herausgeber & Landeskoordination der U16-Wahl 2025

Bund der Deutschen
Katholischen Jugend (BDKJ),
Diözesanverband Hamburg

Lange Reihe 2
20099 Hamburg

Telefon 040 227216-32
E-Mail info@bdkj-hamburg.de

bdkj.hamburg

Facebook [bdkjhamburg](https://www.facebook.com/bdkjhamburg)
Instagram [bdkjhamburg](https://www.instagram.com/bdkjhamburg)
YouTube [bdkjhamburg](https://www.youtube.com/bdkjhamburg)

U16-Bürgerschaftswahl

Landeskoordination Hamburg
u16wahl-hamburg.de

Redaktion

BDKJ Hamburg

Gestaltung

dreikauss.com, Düsseldorf

Inhalt

Themenschwerpunkte der Parteien	04
Positionen der Parteien	05
Fragen & Antworten	06
#1 – Politik und Wahlversprechen	06
#2 – Kinder & Jugendliche in Hamburg	08
#3 – Klima	10
#4 – Kinderarmut	12
#5 – Mitbestimmung in der Schule	14
#6 – Recht auf Bildung	16
#7 – Partizipation & Wahlalter	18
#8 – Rassismus & Diskriminierung	20
#9 – Sterbehilfe	22
#10 – Aufrüstung & Frieden	24
#11 – Jugendliches Engagement	26
#12 – Mitwirkung	28
#13 – LGBTQI*-Rechte	30
#14 – Migration	32
#15 – Wirtschaft	34
#16 – Gesundheit	36
Rund um die Bürgerschaft	38





Moin!

Demokratie lebt davon, dass alle mitreden können – und das gilt auch für euch! Vom 7. bis 21. Februar könnt ihr bei den U16-Bürgerschaftswahlen zeigen, was ihr denkt und welche Themen euch wichtig sind. Ihr habt die Möglichkeit, Politik aus eurer Sicht zu bewerten und ein starkes Zeichen zu setzen. Denn bei den U16-Bürgerschaftswahlen zählt eure Stimme!

Mit dieser Wahlbroschüre wollen wir euch dabei helfen, euch eine Meinung zu bilden und einen Überblick darüber zu bekommen, was die Parteien für Hamburg und für euch planen. Deswegen findet ihr in dieser Broschüre Antworten der verschiedenen Parteien auf Fragen, die wir mit Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 16 Jahren erarbeitet haben. Jede Frage hat ihre eigene Doppelseite mit den Antworten der Parteien – und wir erklären auch kurz, worum es bei der Frage überhaupt geht. Außerdem findet Ihr Infos dazu, welche Themen den Parteien besonders wichtig sind, und alles, was ihr über die Hamburger Bürgerschaft wissen müsst.

Die Antworten stammen direkt von den Hamburger Parteien. Trotzdem solltet Ihr nicht darauf verzichten, eure eigene Recherche durchzuführen und nachzulesen, wofür sich die Parteien einsetzen wollen.

Also: Schnappt euch die Broschüre, informiert euch, redet mit euren Freund:innen darüber und macht mit bei der U16-Bürgerschaftswahl.

Eure Meinung ist wichtig und ihr könnt zeigen, was euch bewegt!

Viel Spaß beim Lesen und Entscheiden!
Eure Landeskoordination der U16-Bürgerschaftswahlen Hamburg

Themenschwerpunkte der Parteien



FRAGETHEMEN		SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
01	Politik & Wahlversprechen	★	★			
02	Kinder & Jugendliche in Hamburg	★				
03	Klima	★		★	★	
04	Kinderarmut			★	★	
05	Mitbestimmung in der Schule	★				
06	Recht auf Bildung		★	★	★	★
07	Partizipation & Wahlalter					
08	Rassismus & Diskriminierung			★	★	
09	Sterbehilfe					
10	Aufrüstung & Frieden		★			★
11	Jugendliches Engagement					
12	Mitwirkung	★		★		
13	LGBTQI*-Rechte					
14	Migration		★			★
15	Wirtschaft		★			★
16	Gesundheit				★	★

Keine CDU? Wir haben auch die CDU Hamburg angefragt, um ihre Positionen zu unseren Fragen zu erfahren. Leider haben wir bis zum Ablauf der Frist keine Rückmeldung erhalten.

Positionen der Parteien

Diese Übersicht wurde basierend auf den Antworten der jeweiligen Parteien erstellt. Warum sind nicht alle 16 Themen in dieser Übersicht: Nicht alle Fragen lassen sich mit ›Ja‹, ›Nein‹ oder ›Vielleicht‹ beantworten. Darum haben wir hier eine Übersicht zu einigen Themen aus dieser Wahlbroschüre erstellt. Für die anderen Themen, schaut euch doch die Antworten der Hamburger Parteien auf den folgenden Seiten an. *Dies ist eine Interpretation der U16-Landeskoordination Hamburg.*

	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Klimaziele	✓	✓	✓	✓	✗
Mitbestimmung in der Schule	✓	⊖	✓	✓	⊖
Maßnahmen für mehr Chancengleichheit	✓	✓	✓	✓	✗
Wahlalter weiter senken	✗	✗	✓	⊖	✗
Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung	✓	⊖	✓	✓	✗
Sterbehilfe	✓	⊖	⊘	⊘	✗
Aufrüstung	⊖	✓	⊖	✗	✓
Jugendliches Engagement	✓	✓	✓	✓	✓
LGTBQI-Rechte	✓	⊖	✓	✓	✗
Wirtschaft	✓	✓	✓	✓	✓
Migration	✓	⊖	✓	✓	✗
Gesundheit	✓	✓	✓	✓	✓

Legende  Partei unterstützt dieses Thema sehr  Partei unterstützt dieses Thema teilweise  Partei unterstützt dieses Thema nicht  Partei hat keine eindeutige Position

01

Politik und Wahlversprechen



Was tut Ihre Partei, um das Vertrauen potenzieller oder zukünftiger Wähler:innen zu sichern?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:



Kreuze an, wie du die Antworten findest:



SPD

Es ist uns in der Hamburger SPD sehr wichtig, keine Wahlversprechen zu machen, die nach der Wahl nicht eingehalten werden können. Das gehört für uns zu seriösem Regieren dazu. So haben wir vor der letzten Wahl das kostenlose hvv-Schüler:innen-Ticket versprochen und genau das auch umgesetzt. Mit unserem Regierungsprogramm gehen wir nach der Wahl in mögliche Koalitionsverhandlungen. Der Koalitionsvertrag ist dann die Arbeitsgrundlage für die nächsten fünf Jahre und wird strukturiert abgearbeitet. Unsere Kommunikation zielt darauf ab transparent darzustellen, dass wir die Versprechen, die wir machen auch umsetzen. Dafür nutzen wir Social Media, unsere Website etc. Wenn es Nachfragen zu unserer Politik gibt, möchten wir alle dazu ermuntern, diese auch zu stellen. Die SPD ist auch für junge Menschen immer ansprechbar. Einige unserer Abgeordneten vor Ort bieten auch Sprechstunden extra für jungen Menschen an. Abgeordnete und Kandidierende der SPD folgen zudem gern den Einladungen von Schulen und stehen hier Rede und Antwort.



FDP

In einer Demokratie mit mehreren Parteien müssen immer Kompromisse gemacht werden. Deswegen kann keine Partei ihre Ziele immer ganz und gar durchsetzen. Wichtig ist, dass auf alle Fälle die Schwerpunkte von Parteien auch in Regierungshandeln erkennbar sind. Dafür wählen Menschen ja Parteien. Deswegen werden wir immer zu unseren Grundsätzen stehen oder auf eine Regierungsbeteiligung verzichten. Das schafft Vertrauen.



Grüne

Wir wollen nicht nur reden, sondern handeln – und das schon seit vielen Jahren: Junge Menschen wissen am besten, was gut für sie ist, und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ihre Stimmen gehört und ernst genommen werden. Uns ist wichtig, Politik klar und ehrlich zu kommunizieren. Wenn etwas nicht klappt, sagen wir auch, warum – denn nur so entsteht Vertrauen. Um im Gespräch zu bleiben, suchen wir den direkten Kontakt: auf Veranstaltungen in der ganzen Stadt, online in den sozialen Medien und überall dort, wo junge Menschen sind. Dabei erklären wir nicht nur, wie Politik funktioniert, sondern zeigen auch, wie man selbst aktiv werden kann. Denn nichts hilft besser gegen Politikverdrossenheit als Anpacken: Ob in Parteien, Verbänden oder Bewegungen: Gemeinsam können wir die Zukunft gestalten – offen, transparent und auf Augenhöhe.





Linke

Unsere Partei kämpft dafür, dass alle Menschen, egal wo sie herkommen und wie sie aufgewachsen sind, sicher und zufrieden leben können. Das heißt: Sie erhalten einen guten Lohn, haben Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch zu Bildung, Kultur und Freizeitangeboten und der Möglichkeit sich kostenfrei mit dem Hamburger ÖPNV zu bewegen. Und wissen, wovon wir reden: Wir sprechen mit den Menschen in unserer Stadt, hören Ihnen zu und versuchen, zu helfen. Unsere Politiker*innen sind bei Streiks und Demonstrationen, bieten Beratungsgespräche an und unterstützen so ganz konkret und praktisch Menschen in Notlagen. Dass wir wissen, was in der Stadt los ist und wie ein gutes und gerechtes Leben für alle aussehen soll, zeigen wir als Oppositionspartei durch unsere parlamentarische Arbeit in der Bürgerschaft. Ob es um günstigere Preise in Schwimmbädern geht, um besseren Schutz vor Gewalt, mehr Jugendclubs oder günstige Wohnungen: Unsere Anträge verfolgen immer das Ziel, genau dort zu helfen, wo es gerade brennt. Und erstaunlich viele werden auch politisch umgesetzt – auch wenn die Regierungsparteien das nicht so gern zugeben ...



AfD

Aus Sicht der AfD haben die regierenden Parteien in den letzten Jahren viel Vertrauen in die Politik verspielt. Dieses Vertrauen gilt es wiederherzustellen. Die AfD möchte mehr Bürgernähe und setzt sich für eine direkte Demokratie ein. Schon lange fordert die AfD Volksabstimmungen nach dem Schweizer Modell. Bei besonders wichtigen Fragen sollen die Menschen ein Mitspracherecht haben. Wir als AfD wollen Politik machen, die den Bürgern und ihren Bedürfnissen dient – Politiker müssen das berücksichtigen. Beispielsweise vertritt die AfD die Ansicht, dass in Krisenzeiten, wo das Geld knapp ist, auch Politiker den Gürtel enger schnallen müssen. Das bedeutet, dass die Gehälter, sogenannte Diäten, für Politiker in schwierigen Zeiten nicht steigen dürfen. Auch in der Hamburgischen Bürgerschaft und den Bezirken stiegen zuletzt die Diäten, was die AfD ablehnte.



02

Kinder & Jugendliche in Hamburg



Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



Was will Ihre Partei in Hamburg für Kinder und Jugendliche ändern?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Auf Initiative der SPD wurden die Kinderrechte in die Präambel der Hamburgischen Verfassung aufgenommen. Mit einem Jugendmitwirkungsgesetz wollen wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch strukturell verankern: Auf Grundlage einer Experten-Anhörung zum Thema Jugendbeteiligung in den Bezirken wurde die Entscheidung getroffen, die fertigen Konzepte zu Jugendparlamenten in Wandsbek und Altona mit 500.000 Euro für 2025/26 in ihrer Umsetzung zu fördern. Wie wichtig es uns ist, Kinder und Jugendliche zu fördern, wird auch im Haushalt für 2025/26 deutlich: Wir investieren 5 Milliarden Euro im Jahr in die Bildung junger Menschen in Kitas und in Schulen – das sind über 22 % des gesamten Haushalts. Hinzu kommen Ausgaben für die offene Kinder- und Jugendarbeit zum Beispiel in Häusern der Jugend, für die Hilfen zur Erziehung, mit denen Kinder und Jugendliche unterstützt werden, die Schwierigkeiten haben und z. B. nicht bei Ihren Eltern leben können, und für andere Projekte. Wir kümmern uns um eine gute Infrastruktur für Kinder und Jugendliche: Wir schaffen in den Stadtteilen Räume, in denen junge Menschen kostenlos aktiv sein können, wie Skateparks oder Kletterinseln. Bestehende Infrastruktur muss erhalten und instandgesetzt werden – dazu gehören Schulen und Kitas, Häuser der Jugend, Skateanlagen und Spielplätze.



FDP

Die FDP Hamburg setzt vor allen Dingen auf frühkindliche Bildung und eine bessere Ausstattung der Schulen in Hamburg. Bildung ist der Grundstein für ein selbstbestimmtes späteres Leben. Deswegen sollen Kinder bereits in der Kita gefördert werden und nach ihren Talenten sich entfalten und entwickeln können. Es kommt dann vor allen Dingen in der Schule darauf an, darauf aufzubauen und Kindern und Jugendlichen eine Entwicklung zu ermöglichen, die ihren Interessen und Talenten entspricht. Dazu müssen Schulen mit modernster Technologie ausgerüstet sein und es muss genug Lehrerinnen und Lehrer geben, damit eine bestmögliche Betreuung in der Schule garantiert ist.



Grüne

Als GRÜNE setzen wir uns für eine Stadt ein, in der Kinder und junge Menschen im Mittelpunkt stehen. Das heißt für uns: ihre Bedürfnisse ernst nehmen und eine Umgebung schaffen, in der sie sicher, gesund und glücklich aufwachsen können. Wir setzen auf hochwertige Bildung für alle – von der Kita bis zur Schule. Bildung soll inklusiv und gerecht sein, mit modern ausgestatteten Räumen, gesunden Mahlzeiten und genug Fachpersonal. Außerdem machen wir uns für sichere Straßen und Plätze stark, damit Kinder sich frei bewegen können. Auch die mentale Gesundheit ist uns wichtig: Wir wollen die psychosoziale und medizinische Versorgung ausbauen, damit junge Menschen in schwierigen Zeiten schnell Hilfe bekommen. Gleichzeitig fördern wir Freizeitangebote und die Infrastruktur der offenen Kinder- und Jugendhilfe (OKJA) – ob Sport, Kultur oder digitale Projekte. Unser Ziel ist eine Stadt, die für Kinder und Jugendliche nicht nur funktioniert, sondern auch von und mit ihnen gestaltet wird. Deshalb setzen wir dabei auf echte Beteiligung und Mitsprache!



Linke

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gehört werden und wir wollen, dass sie in einer lebendigen und kreativen Stadt aufwachsen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche direkt und verbindlich mit ihren Wünschen in die Planungen der Stadt einbezogen werden: Kinder- und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, sich für Verbesserungen in ihren Stadtteilen einzubringen – und dann müssen diese Wünsche auch wirklich umgesetzt werden. Wir wollen, dass Hamburgs Stadtteile so viele Freizeitangebote und Jugendclubs haben – alle Kinder und Jugendlichen müssen die Möglichkeit haben, ihre Freizeit nach Lust und Laune zu gestalten – egal, wieviel Geld ihre Eltern haben. Wir brauchen viel mehr Jugendclubs und die Stadt muss Geld anfassen, damit Jugendtreffs besser ausgestattet sind (Computer, Sportgeräte, Ausflüge, Kurse etc.). Wir kämpfen für Kinder und Jugendliche für eine kostenlose Nutzung des Nahverkehrs, der Bücherhallen, von Bäderland und einem Sportverein und auch kostenlosen Eintritt in staatliche Theater und Museen. Die Orte für Kinder und Jugendliche müssen zudem barrierefrei sein – d. h., allen jungen Menschen zugänglich, auch Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Zudem sollen alle Kinder die Möglichkeit haben, acht Stunden täglich in die Kita zu gehen und dort auch ein kostenfreies Frühstück zu bekommen. Die Wartezeiten auf einen Termin bei Ärzt*innen sind viel zu lang – Hamburg braucht mehr Kinderärzt*innen, Therapeut*innen und Gesundheitszentren. Es gibt in Hamburg viele Kinder- und Jugendliche, die es besonders schwer haben, zum Beispiel, weil sie eine Fluchtgeschichte hinter sich haben oder weil sie Gewalt erlebt haben und nicht länger bei ihren Familien wohnen können. Sie brauchen einen besonderen Schutz und besondere Zuwendung, wir setzen uns dafür ein, dass diese Kinder in kleinen Wohngruppen oder bei Pflegefamilien wohnen und nicht in großen Masseneinrichtungen, wie es aktuell leider häufig der Fall ist. Wenn Jugendliche, die ohne Familien aufwachsen, 18 werden, sollte der Staat ihnen Wohnungen anbieten können – es landen leider viel zu viele junge Erwachsene auf den Straßen, weil sie nicht genug Unterstützung bekommen. Niemand sollte auf der Straße leben müssen!



AfD

Eltern, die Bezieher von Sozialleistungen sind, stehen teilweise im Vergleich zu Eltern mit niedrigem und mittlerem Einkommen finanziell besser dar. Diese sollen über Kinderfreibeträge steuerlich entlastet und für ihre Kinder auch kostenloses Mittagessen in der Schule erhalten. Kindergärten brauchen einen besseren Betreuungsschlüssel, also mehr Kindergärtner pro Kindergartenkind. Kindervorsorgeuntersuchungen müssen verpflichtend sein, um den altersgemäßen Entwicklungsstand und Auffälligkeiten, z.B. Anzeichen von Misshandlungen, zu überprüfen. Bei Defiziten können die Jugendämter den Eltern Weisungen erteilen. Kinder sollen vor Einschulung ein Jahr täglich an einer Kindergruppe teilnehmen, um den Umgang mit Gleichaltrigen zu erlernen. Insbesondere bei Defiziten im Erwerb deutscher Sprachkenntnisse soll der Kindergartenbesuch verpflichtend sein. Kinder garantieren das Fortleben einer Gesellschaft. Darum muss das Kindeswohl im Fokus von Eltern und Gesellschaft stehen. Kindern muss die bestmögliche Entwicklung in einer sicheren, gewaltfreien Umgebung zukommen.

Die AfD steht für das duale Berufsbildungssystem. Es ist ein leistungsstarkes berufliches Bildungswesen, das Jugendarbeitslosigkeit verhindert, indem junge Bürger direkt für das Berufsleben qualifiziert werden. Es eröffnet vielfältige Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs und der Weiterqualifizierung. Die Duale Berufsbildung, besonders in den gewerblichen Berufen, trägt auch zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das Arbeitsleben in Deutschland bei. Es gehört ohne Zweifel zu den entscheidenden Erfolgsfaktoren im globalen Wettbewerb und ist zudem tief in unserer Kultur verwurzelt. Es muss weiter vorangetrieben und vom Staat unterstützt werden.



03

Klima

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



Wie steht Ihre Partei zum Thema Klimaschutz und was sind Ihre Pläne für den Klimaschutz in Hamburg?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

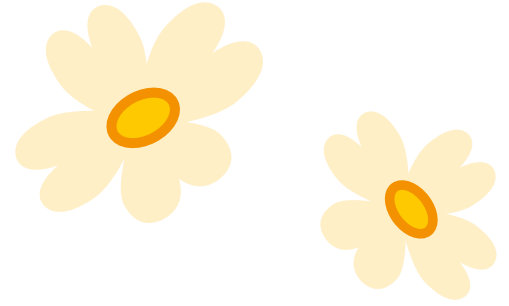
Als SPD Hamburg haben wir schon viel für den Klimaschutz getan und wollen unsere Stadt bis spätestens 2045 klimaneutral machen – am liebsten sogar früher, wenn es möglich ist. Bis 2030 wollen wir dafür 70 % weniger CO₂ ausstoßen als 1990. Dafür gibt es den Hamburger Klimaplan, in dem jede Maßnahme konkret steht, wie wir dahin kommen wollen, zum Beispiel in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Gebäude. Ein wichtiger Punkt ist, dass wir saubere und erneuerbare Energie nutzen. Das bedeutet: Wir bauen mehr Windräder und Solar-Anlagen und setzen auf Wasserstoff, der umweltfreundlich und klimaneutral hergestellt wird. Der Hamburger Hafen wird dabei eine große Rolle spielen. Dort planen wir, die besten Anlagen in Europa zu bauen, damit Schiffe Strom direkt vom Land bekommen können, ohne Abgase zu produzieren. Unser Ziel: Der Hafen soll bis 2040 klimaneutral werden. Auch beim Verkehr wollen wir klimafreundlicher werden. Wir schaffen mehr Platz für Busse, Fußgänger:innen und Fahrräder, bauen neue U- und S-Bahn Linien und sorgen für mehr Ladestationen für E-Autos. Außerdem kümmern wir uns um Heizungen in Gebäuden. Wenn es geht, verbinden wir Häuser mit Wärmenetzen, die umweltfreundlich sind. Dann muss sich nicht jeder Hamburger selbst um die Energiewende kümmern, sondern wir können das zentral für über eine halbe Million Menschen übernehmen. Wo das nicht klappt, unterstützen wir den Einsatz von Wärmepumpen, die ebenfalls besser für das Klima sind. Wir bereiten Hamburg aber auch auf die Folgen des Klimawandels vor. Mit dem ›Schwammstadt‹-Konzept sorgen wir dafür, dass bei Starkregen das Wasser besser abfließt und schützen Hamburg so vor den Folgen schlimmer Wetterlagen. Mehr Parks, Bäume und Wasserflächen machen unsere Stadt schöner und schützen sie gleichzeitig besser vor Hitze und Regen. Unser Plan ist klar: Wir wollen Hamburg zu einer Vorzeigestadt für Klimaschutz machen. Das heißt: Die Stadt soll gut für alle sein – für die Umwelt, die Menschen und die Wirtschaft. Wir werden in den nächsten Jahren viel Geld investieren, damit Hamburg auch in Zukunft lebenswert bleibt.



FDP

Wir bekennen uns zum Ziel des Klimaschutzes. Wir bekennen uns auch zu dem Ziel der Europäischen Union im Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Wir sind allerdings dagegen, Hamburg bereits 2035 klimaneutral zu machen, wie es SPD und Grüne wollen. Denn unter einem solchen rigiden Kurs würde die Wirtschaft in Hamburg leiden, Arbeitsplätze würden verloren gehen und Betriebe würden aus Hamburg flüchten. Für uns geht es darum Wohlstand und Wachstum mit dem Ziel des Klimaschutzes in Einklang zu bringen. Zudem kommt es darauf an, dass alle in Deutschland und alle in Europa am Ziel der Klimaneutralität 2050 mitwirken. Wenn Hamburg alleine schon 15 Jahre vorher klimaneutral sein will, so bringt das Deutschland und Europa insgesamt kein Stück weiter, denn die anderen ziehen so schnell nicht mit. Das heißt Hamburg würde verlieren, ohne dass es dem Klima auch nur irgendetwas nutzen würde.





Grüne

Für uns GRÜNE steht der entschlossene Kampf gegen die Klimakrise und der Einsatz für eine nachhaltige, klimafreundliche und lebenswerte Stadt im Mittelpunkt. Die Dringlichkeit der Klimakrise ist für uns handlungsleitend, und wir sind fest entschlossen, durch innovative Maßnahmen die Chancen einer klimaneutralen Zukunft zu nutzen. Wir verpflichten uns zu einem engagierten Klimaschutz, der die Lebensqualität heutiger und künftiger Generationen sichert und bekennen uns zur Solidarität mit denen, die schon heute besonders vom Klimawandel betroffen sind. Wir unterstützen die Volksinitiative ›Hamburger Zukunftsentscheid‹, die ebenfalls mehr Transparenz, Verbindlichkeit und Ambition beim Klimaschutz in Hamburg fordert und begrüßen ihre Ziele. Das bedeutet: Wir wollen, dass Hamburg bereits im Jahr 2040 CO₂-neutral wird. Dafür werden wir (u. a.) die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, die Wärmewende und den klimafreundlichen Umbau der Industrie vorantreiben und die Mobilitätswende fortsetzen.



Linke

Hamburg ist eine Stadt am Wasser – der Klimawandel wird uns besonders hart treffen. SPD und Grüne hatten sich das 1,5-Grad-Ziel vorgenommen – und es dann einfach gekippt. Für uns ist das ein Skandal und wir wollen es korrigieren – wollen etwa ein CO₂-Budget für Hamburg einführen und die Maßnahmen danach ausrichten. Und wir wollen Zwischenziele definieren, damit notfalls schon früh nachgesteuert werden kann – denn wir können uns das Nichtstun überhaupt nicht leisten. Und auch andere Treibhausgase wie Methan, Lachgas und Sulfuryldifluorid (es wird für die Begasung von Holz im Hamburger Hafen verwendet und ist ein besonders übler Klimakiller) wollen wir reduzieren. Und wir wollen unsere Stadt fit machen für den Klimawandel: So können wir durch Entsiegelung sowie mehr Pflanzen und Bäume an Hitzetagen die Aufenthaltsqualität an Hitzetagen steigern und so auch die Gesundheit der Hamburger*innen schützen. Und, ganz wichtig: Ein klimafreundlicher Lebensstil darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein – soziale Härten müssen wir abfangen.



AfD

Die Alternative für Deutschland lehnt das Ziel einer vollständigen CO₂-Emissionsreduktion ab. Sie führt direkt zu einem destruktiven Abbau der Industrie und spaltet die Gesellschaft. Klimaschwankungen sind historisch bedingt. Wir lehnen den Hamburger Klimaplan ab und fordern die Abschaffung jeglicher CO₂-Besteuerung. Er gleicht dem mittelalterlichen Ablasshandel. Wir brauchen einen breiten Energiemix aus konventionellen und modernen Technologien. Für die Energiesicherheit ist es dringend erforderlich, die Kernkraftwerke sofort wieder ans Netz zu nehmen. Energie muss bezahlbar bleiben. Windenergie- und Solaranlagen erzeugen wetterabhängigen Zufallsstrom, der ein hochindustrialisiertes Land nicht energietechnisch versorgen kann. Das ›Wind-an-Land-Gesetz‹ zwingt Hamburg, 378 Hektar für z. T. 250 Meter hohe Windkraftanlagen (entspricht der Höhe des Hamburger Fernsehturms) zur Verfügung zu stellen. Dadurch werden Landschaftsschutzgebiete gefährdet. Die Alternative für Deutschland steht für wirklichen Natur- und Umweltschutz vor Ort.



04

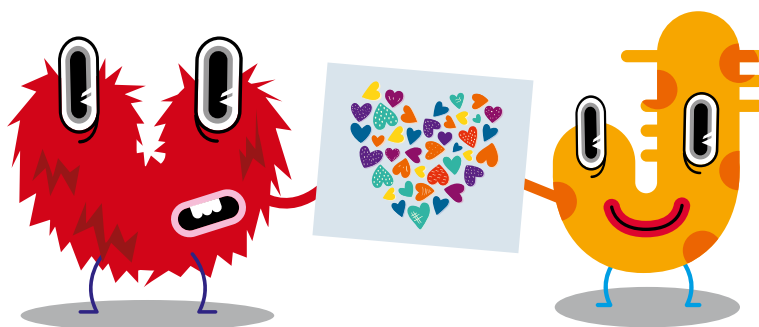
Kinderarmut

Kreuze an, wie du die Antworten findest:



Was tut Ihre Partei gegen Kinderarmut? Inwiefern kommt das Thema Kinderarmut und soziale Ungleichheit in Ihrem Parteiprogramm vor?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:



SPD

Bei allen Angeboten für Kinder und Jugendliche ist es uns immer ein zentrales Anliegen, dass alle davon profitieren. Darum hat Hamburg vor zehn Jahren als erstes Bundesland die Beitragsfreiheit in der Kita für die Grundbetreuung von fünf Stunden plus warmem Mittagessen für alle Kinder eingeführt. Denn frühkindliche Bildung und Spracherwerb fördern Integration und Chancengleichheit. Die Ressourcen werden so verteilt, dass die Kitas und Schulen, in denen mehr Kinder sind, die weniger gut Deutsch sprechen oder aus anderen Gründen sozioökonomisch benachteiligt sind, auch mehr Mittel erhalten, um z. B. mehr Erzieher:innen einzustellen oder kleinere Klassen zu realisieren. Im Rahmen des Ganztagsangebots können Schüler:innen beispielsweise eine Sportart ausprobieren, ein Instrument lernen oder Kunst und Kultur kennenlernen und das, ohne in einen Verein einzutreten oder eine Musikschule zu bezahlen.



FDP

Wir sind dafür, Kindern in prekären Familienverhältnissen natürlich durch den Sozialstaat zu helfen. Unsere grundsätzliche Überzeugung lautet: Sozial ist, was Arbeit schafft. Gute Arbeit für alle Menschen in Hamburg und eine gute Bildung für Kinder und Jugendliche in Hamburg sind die beste Versicherung gegen Armut und auch Kinderarmut.



Grüne

Kinderarmut darf es in unserem Land nicht geben! Deshalb kämpfen wir im Bund weiter für eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient. Gute Ernährung für alle Kinder und Teilhabemöglichkeiten sind dabei zentral. Es darf z. B. nicht sein, dass finanzielle Hürden den Zugang zum Hobby im Sportverein verwehren. Wir müssen in Hamburg sicherstellen, dass alle jungen Menschen die Möglichkeit haben, im Verein aktiv zu sein, und dass die dafür notwendigen finanziellen Mittel unkompliziert abgerufen werden können. Die Abrechnung der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes wollen wir daher für Eltern und Vereine vereinfachen, um Vereine zu entlasten und jedem Kind die Teilhabe am Sport zu ermöglichen.



Linke

Armut und die soziale Spaltung in unserer Stadt sind für Die Linke ein zentrales Thema. Denn Kinderarmut ist eine der größten gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten unserer Tage. Arme Kinder sind in vielen Bereichen des Lebens benachteiligt und werden häufig vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Ob Kinobesuche, gesunde Ernährung, Musikinstrumente, Schwimmbadbesuche oder einfach nur eine neue Winterjacke – für viele Kinder in Armut bleibt all das unerreichbar. Diese Kinder haben schlechtere Chancen auf Bildung – und es ist auch weit weniger wahrscheinlich, dass sie eine Hochschule besuchen. Nicht selten sind diese armen Kinder, die armen Jugendlichen von morgen und die armen Eltern von übermorgen.

Und diesen Kreislauf müssen wir dringend durchbrechen. Die Linke setzt sich seit Jahren für eine Kindergrundsicherung ein. Unser Konzept sieht vor, dass jedes Kind – unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern – eine armutsfeste Unterstützung erhält, die Chancengleichheit sicherstellt. Und wir haben ein fertiges Konzept für eine KiJu-Karte für Hamburg. Diese KiJu-Karte ermöglicht allen Kindern die kostenlose Nutzung von HVV, Bücherhallen, Bäderland und einem Sportverein sowie den kostenlosen Eintritt in staatliche Theater und Museen. Damit können wir die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen steigern – sie ist also nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Um wirklich alle Kinder und Jugendlichen mitzunehmen, ihre individuelle Entwicklung zu fördern und sie bei Problemen zu unterstützen, fordert Die Linke aber auch den Ausbau von Kinder- und Jugendhilfen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Kinderarmut ist eng mit der Situation der Eltern verbunden. Armut in unserer Stadt zu bekämpfen, bedeutet daher auch immer, Familien zu stärken.



AfD

Die Bekämpfung von Kinderarmut erfordert nachhaltige Maßnahmen, da sie in den meisten Fällen auf der Armut der Eltern basiert. Um diesem Problem entgegenzuwirken, legt die AfD den Fokus auf die steuerliche und sozialpolitische Stärkung der Eltern. Ein zentrales Anliegen der AfD ist die Förderung von Wohneigentum für Eltern. Hierzu soll die Bereitstellung zinsloser Darlehen erfolgen, deren Schuldsomme mit jedem neugeborenen Kind reduziert wird. Außerdem möchte die AfD die vielschichtigen Hürden abbauen, die Akademikerinnen davon abhalten, sich bereits während des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für ein Kind zu entscheiden.

Besonders Mehrkinderfamilien sollen durch spezielle Förderprogramme ermutigt werden, sich für weitere Kinder zu entscheiden. Die AfD strebt außerdem eine stärkere Anerkennung der Leistungen von Eltern im Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht an. Dies soll nicht nur zusammenlebenden Familien zugutekommen, sondern auch Alleinerziehende und Unterhaltzahlende besser vor Armut schützen. Zusätzlich plant die AfD gesetzliche Erleichterungen für die Einrichtung von Betriebskindergärten, insbesondere für mittelständische Unternehmen. Mit diesen umfassenden Maßnahmen möchte die AfD die Lebenssituation von Familien nachhaltig verbessern und Kinderarmut effektiv bekämpfen.



05

**Mitbestimmung
in der Schule**

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



**Wie würden Sie die Schulpolitik zusammenfassend beschreiben,
die Ihre Partei in Hamburg realisieren möchte?**

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Es ist unsere feste Überzeugung, dass unsere Demokratie das höchste Gut unserer Gesellschaft ist. Sie zu schützen bedeutet, sie zu verteidigen und zu leben. Deshalb reicht es nicht allein, an Schulen Fakten über unsere demokratisch verfasste Gesellschaft zu vermitteln, wir müssen die Schulen selbst demokratischer machen. Die Schule ist die einzige Institution, die wirklich alle Menschen erreichen kann, um die wichtigen Grundlagen für demokratisches Zusammenleben zu schaffen. Deshalb wollen wir demokratische Beteiligungsprozesse an Schulen ausbauen und eine Schulgemeinschaft auf Augenhöhe schaffen. Schulen sind ein Raum, in dem jeden Tag das soziale und demokratische Miteinander eingeübt und erlebbar wird. Wenn wir mündige junge Menschen hervorbringen wollen, müssen wir die Schüler:innen mit ihren Anliegen, Interessen und Meinungen ernst nehmen. Dazu gehört eine Demokratiebildung, die nachhaltig wirksam ist. Demokratie kann an Schulen nur dann glaubhaft vermittelt werden, wenn sie dort auch gelebt wird.

**FDP**

Die FDP Hamburg steht für den Erhalt der Gymnasien und eine Besserstellung der Stadtteilschulen. Das wurde seit Jahren vom Hamburger Senat versprochen, aber es ist bis heute nicht passiert. Wenn es zwei Schulformen gibt, dann müssen beide auch bestmöglich ausgestattet sein, um die eigenen Vorteile zum Wohle der Kinder- und Jugendlichen auch ausspielen zu können. Die FDP Hamburg ist für eine Schulautonomie. Das heißt, dass die Schulen möglichst viel selber bestimmen können, wo sie ihre Schwerpunkte setzen wollen und wie sie ihren Unterricht gestalten und wie sie sich selbst organisieren wollen. Dazu muss es einheitliche Standards für die Prüfungen geben, damit bei aller Unterschiedlichkeit und Schwerpunkten die Qualität der Bildung garantiert ist. Die FDP Hamburg spricht sich für eine Beteiligung und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern aus. Das soll aber in jeder Schule selber organisiert und umgesetzt werden. Dafür braucht es keine zentralen Vorschriften.

**Grüne**

Unsere Schulpolitik steht für Transparenz, Teilhabe und Zukunftsorientierung. Wir möchten ein Bildungssystem schaffen, das nicht nur den Lernerfolg, sondern auch das Wohlbefinden aller Beteiligten fördert. Dabei legen wir besonderen Wert auf Mitbestimmung: Kinder und Jugendliche sollen aktiv in Entscheidungen eingebunden werden, die ihren Schulalltag betreffen. Ob in Schüler*innenräten, in der Gestaltung des Schulklimas oder bei pädagogischen Konzepten – ihre Stimme zählt. Die Förderung von Mitbestimmung beginnt bei uns früh, zum Beispiel durch die Unterstützung demokratischer Prozesse in Schulen und außerschulischen Einrichtungen. Unser Ziel ist eine Schule, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch zur demokratischen Teilhabe befähigt. So schaffen wir eine Bildungspolitik, die den Bedürfnissen der jungen Generation gerecht wird und sie dabei unterstützt, eigenverantwortlich ihre Zukunft zu gestalten.



Linke

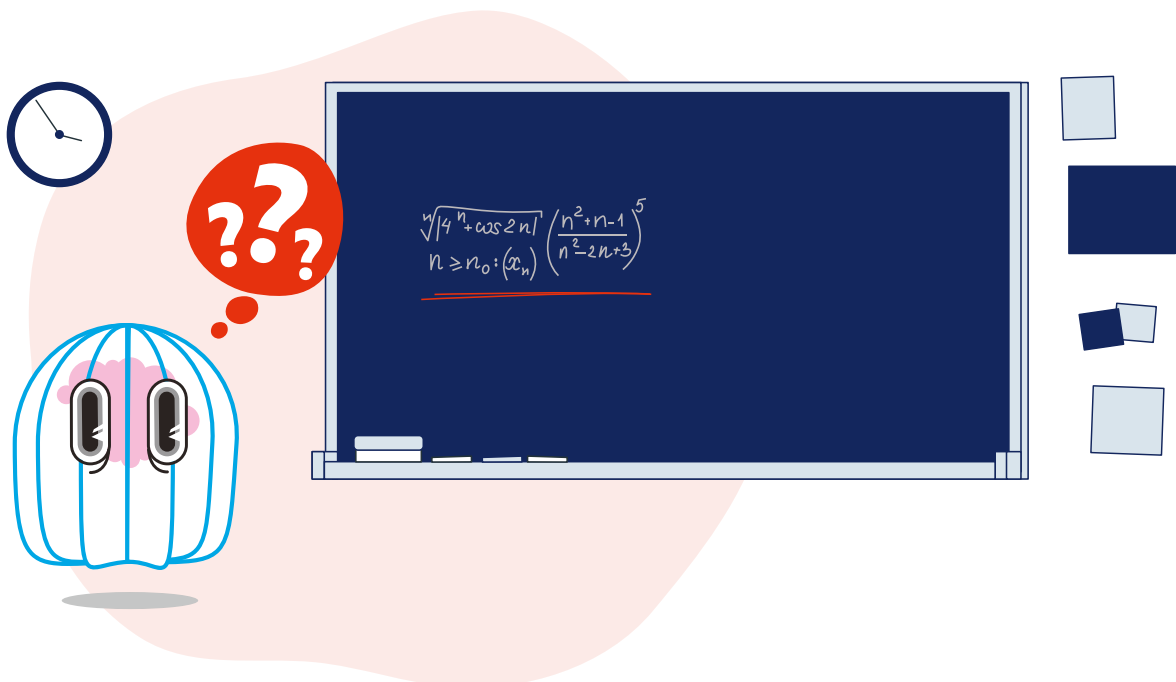
Uns geht es in unserer Schulpolitik um das Recht auf Bildung, das Recht auf Teilhabe und das Recht auf Mitbestimmung. Wir wollen, dass unsere Schulen die Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen in den Mittelpunkt ihrer pädagogischen Arbeit stellen, so dass Mitsprache nicht am Cola-Automaten oder bei der Farbauswahl einer Schaukel endet und Lernfreude nicht an starren Stundenplänen scheitert! Unser Ziel ist es, dass JEDE Schule eine gute Schule ist und ein sicherer Ort für alle Schüler*innen, die sie besuchen – ohne Druck und Angst, sie wegen eines Durchhängers verlassen zu müssen, weil die Noten mal nicht stimmen. Stichwort Noten: Die gehören abgeschafft! An ihre Stelle setzen wir eine transparente und offene Feedbackkultur, die keine Einbahnstraße sein darf. Das heißt: Auch die jungen Menschen geben ihren Lehrkräften eine Rückmeldung über deren Unterricht! Wir treten dafür ein, dass die starre Trennung in einen schulischen Vormittag und einen betreuten Nachmittag aufgehoben wird. Ebenso muss geprüft werden, ob noch eine Strukturierung des Lernens in einzelne Fächer angemessen ist, ebenso in starre Lerngruppen, also die Klassen. Die Mitbestimmung bei der Gestaltung der Schulhöfe, von Ausflugszielen und Klassenfahrten sind essentiell, um Beteiligung und demokratische Wirksamkeit für Schüler*innen erlebbar zu machen.



AfD

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, in dem sich alle Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer Begabungen und Fähigkeiten wie auch ihrer Leistungsbereitschaft optimal entwickeln können. Es ist jedoch eine weit verbreitete Fehlannahme, Abitur und Studium seien heutzutage das für alle erstrebenswerte oder gar allein seligmachende Bildungsziel. Berufsqualifizierende Abschlüsse sind in ihrer Wertigkeit und in ihrem Nutzen für Gesellschaft und Volkswirtschaft von ebenfalls hoher Bedeutung. Wir sind der Überzeugung, dass die Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien diese unterschiedlichen Bildungswege wieder profilierter abbilden müssen. Dazu ist die schlechte Entwicklung der vergangenen Jahre unter Rot-Grün zu immer höheren Abiturientenquoten, verbunden mit einer deutlichen Absenkung der Leistungsstandards, zu stoppen.

Was den reinen Unterricht betrifft, sind wir der Überzeugung, dass, je jünger die Schulkinder sind, umso mehr Vorgaben und Struktur durch den Lehrer sollten erfolgen. Bei außerunterrichtlichen Aktivitäten wie Nachmittagsprogrammen, Ausflügen oder der Anschaffung von Spielgeräten und Lerngegenständen sollten auch Kinder bereits mitbestimmen dürfen.



06

Recht auf Bildung

Kreuze an, wie du die Antworten findest:



Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Wie werden Sie als Teil der Hamburger Bürgerschaft zu einer Chancengleichheit im Hamburger Bildungssystem beitragen?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Siehe Antwort auf Frage zum Thema ›Kinderarmut‹ auf Seite 12.

FDP

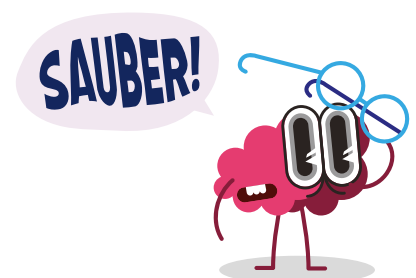
Chancengleichheit in der Bildung erreichen wir durch eine bestmögliche Ausstattung der Schulen, durch eine Stärkung der Stadtteilschulen und vor allen Dingen durch genügend Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Zudem müssen die Lehrerinnen und Lehrer unserer Meinung nach, auch regelmäßig Fortbildungen machen, damit sie in ihrem Unterricht auf der Höhe der Zeit sind und den Kindern und Jugendlichen Inhalte vermitteln, die sie befähigen das heute und das morgen zu gestalten.



Grüne

Bildungsgerechtigkeit ist ein zentrales Ziel unserer Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind und jeder Jugendliche unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Ressourcen Zugang zu hochwertiger Bildung erhält. Konkret stärken wir die frühkindliche Bildung, investieren in den Ausbau von Ganztagschulen und fördern die individuelle Förderung durch kleinere Klassen sowie mehr Personal in Schulen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine gerechte Verteilung von Ressourcen ein, insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf. Wir unterstützen Schulen mit multiprofessionellen Teams und Sozialarbeiter*innen, um individuelle Unterstützung zu gewährleisten. Bildung darf nicht von Herkunft, Sprache oder Einkommen abhängen. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das allen jungen Menschen in Hamburg gleiche Chancen bietet und sie befähigt, ihre Potenziale zu entfalten.



Linke

Das Problem ist ganz naheliegend: Die Schüler*innen leben in der Regel im Umfeld ihrer Schulen. Weshalb sich Hamburgs Spaltung in sehr reiche und sehr arme Stadtteile hier fortsetzt. Ein erster Schritt zur Verbesserung wäre für uns, innerhalb des bestehenden Schulsystems mehr Gerechtigkeit wirken zu lassen und in der Regel nur noch Stadtteilschulen als Neubauten vorzusehen. Außerdem müssen alle weiterführenden Schulen Verantwortung für ihre Schüler*innen und deren Lernwege übernehmen und alles dafür tun, dass alle zum bestmöglichen Abschluss geführt werden. Die Schüler*innenkammer – also die Vertretung aller Schüler*innen in Hamburg – fordert ›Eine Schule für Alle‹: Das bedeutet, dass es keine Konkurrenz zwischen den Schulen und Schulformen geben darf – alle Schulen müssen inklusiv arbeiten, ohne Ausgrenzung und Abschulung. Lehrmittel müssen allen Schüler*innen kostenfrei zur Verfügung stehen – und zwar auch Tablets. Das Schulessen muss kostenfrei sein. Und der Spaltung in unserer Stadt wirken wir entgegen, in dem wir sicherstellen, dass Bildung innerhalb einer ganztägigen Schule stattfindet und so die Einflüsse wirtschaftlich ganz unterschiedlich starker Elternhäuser abgedeckt werden.



AfD

Jedes Hamburger Schulkind hat formal die gleichen Bildungschancen. Dass Kinder aus unterschiedlichen Elternhäusern kommen, in denen Bildung einen unterschiedlich hohen Stellenwert genießt, kann Politik durch spezifische Förderangebote etwas abfedern – jedoch nicht gänzlich kompensieren. Zu solchen Angeboten gehören Sprachförderkurse sowie spezielle Kurse für leistungsschwächere Schüler in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Dennoch darf auch die Förderung sehr begabter Schüler nicht aus den Augen verloren gehen, denn sie haben ebenfalls ein Recht darauf, ihr Potential größtmöglich zu entfalten.



07

Partizipation & Wahlalter

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



Kann Ihre Partei sich eine Senkung des Wahlalters zur Hamburger Bürgerschaft vorstellen?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Im Jahre 2013 wurde in Hamburg mit Zustimmung der SPD das Wahlalter für die Hamburgische Bürgerschaft und die Hamburger Bezirksversammlungen von 18 auf 16 Jahre abgesenkt. Wir sind dafür, dass dies für die Wahlen zum Deutschen Bundestag genauso geschieht.

FDP

Wir sind für das Wahlalter 16 Jahre. Eine weitere Absenkung unterstützen wir nicht.

Grüne

Ja. Wir sind überzeugt, dass junge Menschen am besten wissen, was gut für sie ist. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass sie ihre Zukunft selbst wählen. Eine politische Haltung ist keine Frage des Alters. In Bezirk, Bürgerschaft und Europa haben wir das Wahlalter bereits erfolgreich auf 16 Jahre gesenkt. Auch bei den Bundestagswahlen machen wir uns für eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre stark. Eine weitere Absenkung z. B. auf 14 Jahre ist für uns denkbar. So geben wir Jugendlichen die Möglichkeit, frühzeitig Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen und sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Das stärkt unsere Demokratie.

Linke

Das Wahlrecht liegt in Hamburg aktuell bei 16 Jahren. Das finden wir super, denn das ist ein Alter, in dem Menschen in die Verantwortung gezogen werden können, sich aktiv und demokratisch zu beteiligen. Doch die Entscheidung, wann jemand wirklich verantwortungsbewusst Entscheidungen für die Gemeinschaft treffen kann, muss jede*r individuell entscheiden. Ob wir uns auch ein Wahlrecht ab 14 vorstellen können, müssen wir als Partei weiter diskutieren. Was aber mit 14 Jahren möglich ist, ist die Parteimitgliedschaft in der Linkspartei und dadurch auch die Möglichkeit sich an politischen Debatten zu beteiligen und unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten! Wofür wir auch stehen, ist ein Wahlrecht unabhängig von Herkunft, denn es sollten alle, für die Hamburg ein Zuhause ist, die Möglichkeit haben mitzubestimmen! Wir wünschen uns in Hamburg ein Wahlrecht auch für Menschen ohne deutschen Pass.



AfD

Die AfD hat bei den vergangenen Wahlen bei jungen Wählern überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Aus wahltaktischen Gründen müsste die AfD für eine weitere Senkung des Wahlalters sein, aber kurzfristige Vorteile an der Wahlurne sollten nicht die Position der AfD zu dieser Frage bestimmen. Wir lehnen die Senkung des Wahlalters aus Verantwortung für unsere Demokratie ab. Aus Sicht der AfD ist das Wahlrecht und der verantwortungsvolle Umgang damit ein sehr hohes Gut unserer Demokratie. Wir glauben, dass Wähler eine gewisse Lebenserfahrung sowie politische Reife haben sollten. Stattdessen sollten sich jungen Menschen verstärkt in politischen Jugendorganisationen (möglich ab 14 Jahren), Parteien (möglich ab 16 Jahren) oder anderen Organisationen, die sich für unser Gemeinwesen einbringen, engagieren. Das Angebot von Kinder- und Jugendräten sollte ausgebaut werden.



08

Rassismus & Diskriminierung

Kreuze an, wie du die Antworten findest:



Wie plant Ihre Partei, gegen Rassismus und Diskriminierung in Hamburg vorzugehen?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Wir Sozialdemokrat:innen setzen uns entschlossen ein gegen Rechtsextremismus, Rassismus und jede Form von Antisemitismus. Dies hat Hamburg eindrucksvoll bewiesen, als am 19. Januar 2024 über 180.000 Menschen gegen Rechtsextremismus, Hass und Hetze demonstrierten. Vom Jungfernstieg bis zum Rathausmarkt war die Stadt erfüllt von Solidarität und hat gezeigt, was sie ausmacht: Vielfalt, Toleranz, Weltoffenheit und der Mut, Haltung zu zeigen. Unsere Demokratie verteidigen wir gegen alle, die sie bedrohen – ob durch rechtsextremistische, islamistische oder andere extremistische Ideologien. Gemeinsam mit einem starken Kompetenznetzwerk setzen wir auf Prävention, Deradikalisierung und entschlossene Maßnahmen gegen alle Formen von Diskriminierung. So stärken wir unsere Demokratie und machen Hamburg zu einem Ort, der allen Menschen Schutz und Sicherheit bietet.



FDP

Diskriminierung gibt es leider viel zu oft. Und auch leider in vielen unterschiedlichen Zusammenhängen. In einer freien Gesellschaft sollte niemand wegen seiner Hautfarbe, seiner Religion, seiner sexuellen Orientierung oder aufgrund von anderen Überzeugungen oder Sichtweisen diskriminiert werden. Dafür gibt es in Deutschland und in Hamburg schon eine große Menge an Gesetzen und Vorschriften. Für uns kommt es darauf an, dass diese Gesetze auch durchgesetzt werden. Dafür muss vor allen Dingen die Justiz in Hamburg und die Polizei gestärkt werden. Noch mehr Vorschriften, noch mehr Gesetze und noch mehr Leitlinien brauchen wir nicht. Das schafft nur noch mehr Bürokratie, die am Ende keiner mehr versteht. Deswegen gilt: Die bestehenden Gesetze konsequent anwenden und durchsetzen.



Grüne

Wir werden die Antidiskriminierungsstrategie umsetzen und weiterentwickeln. Wir setzen uns für ein Landesantidiskriminierungsgesetz und die Reform des AGG ein. Das merkmalsübergreifende Antidiskriminierungsbüro startet ab 2025. Das wollen wir ausbauen. Unsere Strategien gegen Antischarzen Rassismus und Antiziganismus wollen wir weiterentwickeln. Dabei setzen wir uns im Bereich Antiziganismus für einen Staatsvertrag ein. Im Bereich Antisemitismus stärken wir Bildungsarbeit, fördern den Jugendaustausch und entwickeln Beratung weiter. Wir wollen die Arbeit des Antisemitismusbeauftragten stärken. In der Lehrer*innen-Bildung muss Antisemitismus verbindlicher Bestandteil werden. Alle Schüler*innen sollen sich in ihrer Schulzeit mit dem Israel-Palästina-Konflikt beschäftigen. Um antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen, ist die Etablierung einer Kontaktstelle oder der Ausbau der MARwa-Meldestelle möglich.



Gegen Rassismus an Schulen wollen wir eine unabhängige Antidiskriminierungskommission und Beschwerdestelle schaffen.

Linke

Als Partei, die für soziale Gerechtigkeit kämpft, ist der Einsatz gegen Rassismus und Diskriminierung für Die Linke sehr wichtig. Wir verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz. Das bedeutet, dass unterschiedliche Diskriminierungsformen in allen Lebensbereichen mitgedacht werden: beispielsweise in Schulen, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder im Asylverfahren. Viele, die bei uns in der Partei aktiv sind, erleben selbst Diskriminierung – etwa Rassismus. Der Austausch mit Betroffenen und Aktivist*innen ist daher grundlegend für unsere Arbeit. Wir sprechen mit queeren Menschen, mit Menschen mit Behinderung, mit Menschen die von Antisemitismus, Rassismus oder Armut betroffen sind. Nur so können wir dann auch ihre konkreten Anliegen mit Anfragen und Anträgen ins Parlament bringen.

Als einzige Hamburger Partei fordern wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG), das vor Diskriminierung schützen soll – das aber auch im Nachhinein noch die Möglichkeit bietet, sich mit Hilfe einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle gegen Diskriminierung zu wehren und entschädigt zu werden – in Berlin wurde das ganz ähnlich umgesetzt. Wir fordern außerdem Datenerhebungen zum Thema ›Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte‹ oder ›Racial Profiling‹ (Polizeikontrollen ohne Anlass aufgrund des Aussehens), um auch eine statistische Zahlengrundlage zu haben. Wir wollen alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um Betroffene zu stärken und um Faschismus entschieden entgegenzutreten. Anschläge wie in Hanau oder Halle, Anschläge auf Synagogen, Moscheen, Geflüchtetenunterkünfte oder auf flüchtlingsfreundliche Politiker*innen wie Walter Lübcke dürfen sich nicht wiederholen.

Deshalb haben wir auch ein weiteres Alleinstellungsmerkmal in Hamburg: Als einzige Partei fordern wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Hamburg zum rassistischen Mord der NSU-Terrorgruppe – so wollen wir auch parlamentarisch und rechtlich den Aktivitäten von Neonazis in unserer Stadt nachgehen können. Wir organisieren regelmäßig öffentliche Veranstaltungen zum Thema Diskriminierung, sodass auch eine breitere Öffentlichkeit einbezogen wird. Wir treffen uns mit Betroffenen und Organisationen, bieten Gespräche an und besuchen sie auf Wunsch in ihren Stadtteilen oder sie kommen zu uns. Außerdem organisieren wir Veranstaltungen oder Demos – gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit oder für Barrierefreiheit.

Leider müssen in Hamburg Projekte, die zum Thema Diskriminierung arbeiten, jedes Jahr aufs Neue um ihre Existenz bangen. Der rot-grüne Senat finanziert sie nicht ausreichend. Wir finden: Es kann nicht sein, dass so wichtige Projekte Jahr für Jahr damit rechnen müssen, pleite zu gehen. Daher fordern wir eine dauerhafte Finanzierung von Projekten wie ›empower‹. Und natürlich stehen wir für ein Verbot der AfD – diese Partei vertritt alles andere als demokratische Ideale.



AfD

Die AfD stellt sich grundsätzlich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung. Zugleich lehnt die AfD die einseitig und fälschlich genutzten Schlagworte ›Kampf gegen Rassismus‹ ab. Diese Schlagworte werden unzutreffend und vorschnell gegen unliebsame und kritische Meinungen erhoben. Die AfD ist der Meinung: Unsere demokratische Gesellschaft muss vielfältige Meinungen aushalten. Auch wendet sich die AfD gegen einen angeblichen ›strukturellen Rassismus‹. Insbesondere Linke werfen der Polizei diese Form des Rassismus vor. Staatliche Institutionen wie die Polizei genießen unser Vertrauen – ein Misstrauen schadet dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft.



09

Kreuze an, wie du die Antworten findest:

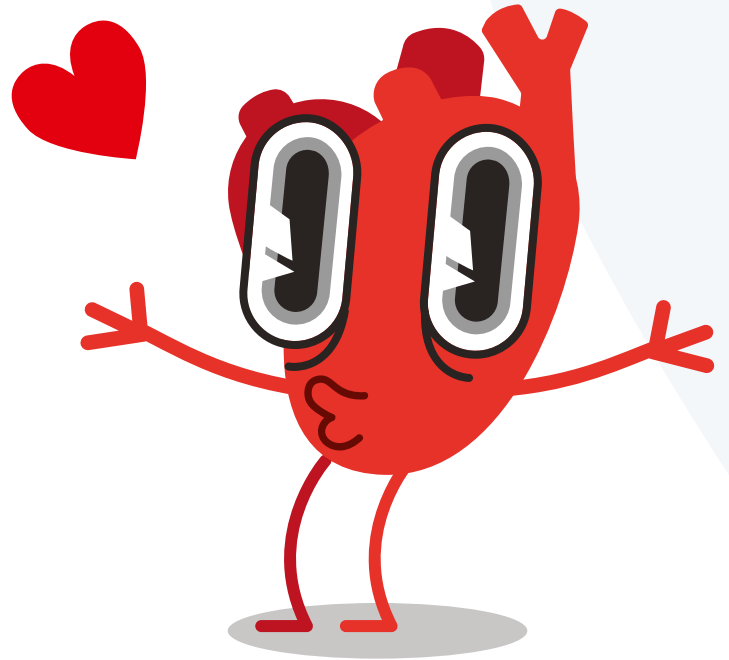


Sterbehilfe



Wie positioniert sich Ihre Partei zum Thema Sterbehilfe?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:



SPD



Wir unterstützen weiterhin die Koordinierungsstelle Hospiz und Palliativarbeit Hamburg und sorgen für eine gute pflegerische und medizinische Versorgung am Lebensende und Angebote für An- und Zugehörige. Das Sterben gehört zum Leben. Wir unterstützen und stärken das freiwillige Engagement von Hamburger:innen u. a. auch in der Sterbehilfe, wo es besonders gebraucht wird. Das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Recht auf Selbstbestimmung auch bezüglich des eigenen Lebensendes achten wir. Wir teilen die Ziele der Nationalen Suizidpräventionsstrategie und halten Hilfe für suizidgefährdete Menschen und ihre Angehörigen in Hamburg vor.

FDP



Die FDP unterstützt den aktuellen gesetzlichen Stand zur Sterbehilfe in Deutschland.



Grüne



Im Februar 2020 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben umfasse. Dieses Recht schließe die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen und hierbei auf die freiwillige Hilfe Dritter zurückzugreifen. Deshalb muss die Sterbehilfe in Deutschland neu geregelt werden. Zwei Initiativen zur Neuregelung scheiterten 2023 jedoch im Bundestag. Zur Regelung der Sterbehilfe gibt es keine Parteiposition. Die Abgeordneten entscheiden frei nach ihrem Gewissen.

Linke



Menschen sollen in jeder Phase ihres Lebens selbstbestimmt handeln können. Die damit verbundenen ethischen Fragen werden auch bei den Linken ganz unterschiedlich gesehen und diskutiert. Die Linke setzt sich dafür ein, dass Menschen, die aus wohlüberlegter, freier und dauerhafter Entscheidung ihr Leben beenden wollen und dazu Hilfe suchen, dies unter würdevollen Bedingungen tun können. Der Staat hat hier eine besondere Verantwortung, die Entscheidungsfreiheit der Betroffenen zu respektieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass niemand aus Verzweiflung oder aus Mangel an Unterstützung in sozialen, psychischen oder gesundheitlichen Notsituationen diesen Weg wählen muss.

Es ist nicht die Aufgabe des Gesetzgebers, die Motive Sterbewilliger zu bewerten. Vielmehr muss dafür Sorge getragen werden, dass jede*r Zugang zu umfassenden Hilfesystemen hat, die alternative Wege aufzeigen und Unterstützung bieten – sei es in Form von psychosozialer Beratung, palliativer Versorgung oder sozialer Absicherung. Selbsttötung sollte nicht leichter gemacht werden als der Zugang zu den Hilfesystemen. Sterbehilfe muss daher immer von einer Stärkung der Hilfesysteme begleitet werden.

AfD



Die Alternative für Deutschland legt großen Wert auf den Schutz des Lebens und sieht die Förderung der Palliativmedizin als vorrangige Aufgabe. Ziel ist es, durch umfassende Betreuung und Schmerzlinderung die Lebensqualität am Lebensende zu verbessern, ohne eine Notwendigkeit von Sterbehilfe hervorzurufen. Ein Missbrauch muss verhindert werden, wobei die Autonomie und der individuelle Wille der Betroffenen dabei ein zentraler Punkt bleiben muss. Eine umfassende Beratung und Unterstützung der betroffenen Personen sowie ihrer Angehörigen muss im Vordergrund stehen.

10

Aufrüstung & Frieden

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



Wie positioniert sich Ihre Partei zum Thema Aufrüstung und Frieden?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Die SPD Hamburg setzt sich für eine friedliche Außenpolitik ein. Die Verantwortung für die Kontrolle und den Export von Rüstungsgütern liegt bei der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag, nicht den Landesparlamenten. Wir befürworten eine klare Haltung für Frieden und Diplomatie und sind überzeugt, dass Lösungen durch politische und diplomatische Anstrengungen erreicht werden können. Frieden beginnt im Kleinen – durch gegenseitigen Respekt und Solidarität. Hamburg steht für ein Miteinander in Demokratie, Freiheit und internationaler Zusammenarbeit.



FDP

Wir setzen uns dafür ein die Bundeswehr zu stärken und die Zusammenarbeit in der NATO zu stärken. Leider erleben wir in den letzten Jahren Krieg in Europa, vor unserer Haustür. Der Überfall Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Wenn wir unsere Demokratie und unsere Freiheit erhalten wollen, dann müssen wir verteidigungsfähig sein. Um den Frieden zu sichern, wollen wir mittel und langfristig die Europäische Union ausweiten und stärken. Denn zwischen Staaten der Europäischen Union kann es keinen Krieg geben.



Grüne

Frieden bedeutet mehr als Abwesenheit von Krieg – er schafft Raum für Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung. Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür streben wir eine dauerhafte Investition von deutlich über zwei Prozent des BIP in Sicherheit und Verteidigung an. Die Bundeswehr als Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit muss modern ausgestattet sein. Dabei setzen wir auf eine leistungsfähige europäische Rüstungsindustrie. Gleichzeitig bleiben Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrollen zentrale Pfeiler der Friedenspolitik. Wir setzen unseren Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt fort. Auch sind neue internationale Regelungen für die Bereiche autonome Waffen, Cyber- und Weltraum dringend erforderlich. Wir wollen zudem klare, transparente und an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte gesetzlich verankern



Linke

Außenpolitik, die auf Diplomatie und Zusammenarbeit setzt – und nicht auf militärische Interventionen. Zudem Hamburgs Linke setzt sich für Frieden und Abrüstung ein. Sie lehnt eine Aufrüstung der Bundeswehr und eine weitere Erhöhung des Verteidigungshaushalts ab. Wir wollen all das Geld investieren in soziale Projekte, in Bildung und die Konversion – also die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile, soziale und ökologisch sinnvolle Produkte. Außerdem sind wir für einen Stopp der Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen, für die Aufnahme von Deserteur*innen aus Kriegsgebieten und eine Zivilklausel für alle wissenschaftlichen Einrichtungen Hamburgs. Wir lehnen feierliche Gelöbnisse der Bundeswehr genauso ab wie die Präsentation von Kriegsschiffen. Die Linke plädiert für eine friedliche setzen wir uns für die Stärkung von internationalen Friedensinitiativen, die Intensivierung von Städtepartnerschaften und die Bekämpfung der Ursachen von Konflikten – wie Armut, Ausbeutung und Ungerechtigkeit – ein.



AfD

Die Bundeswehr muss bestmöglich ausgerüstet sein, um das Leben unserer Soldaten zu schützen und es ihnen zu ermöglichen, ihren Auftrag zu erfüllen. Dieser Auftrag ist nach unserer Ansicht zuerst und vor allem die Landesverteidigung, deshalb steht die AfD auch für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Eine Bundeswehr mit dem Kernauftrag der Landesverteidigung ist für uns in Deutschland ein wichtiger Baustein zum Erhalt des Friedens.



11

Jugendliches Engagement

Kreuze an, wie du die Antworten findest:



Wird Ihre Partei als Teil der Hamburger Bürgerschaft jungdliches Engagement und Ehrenamt unterstützen? Wenn ja, wie?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Hamburg unterstützt die Arbeit der Jugendverbände und -organisationen, die weitestgehend ehrenamtlich arbeiten. Die Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, fördern politische Bildung und Demokratieverständnis. Mit einer Initiative zum Haushalt 2025/26 hat die SPD-Fraktion das Engagement der Jugendverbände im Rahmen der Jugendreisen, noch einmal gesondert gefördert. Der Zuschuss zu den Jugendreisen wurde von einem Tagesfördersatz von zwei Euro pro Teilnehmer:in und Tag auf fünf Euro erhöht. Das ist eine reelle Entlastung für die Verbände, die in diesem Bereich besonders viele Eigenmittel einsetzen mussten.



FDP

Als Partei einer freien Bürgergesellschaft unterstützen wir ehrenamtliches Engagement. Dazu müssen sich Parteien, Vereine und andere Organisationen an die Lebensrealität von jungen Menschen anpassen und diese berücksichtigen. Deswegen sehen wir hier die Verantwortung, dass Ehrenamt attraktiv zu machen und attraktiv zu erhalten. Der Staat bzw. die Stadt Hamburg kann das über finanzielle Unterstützungen und steuerliche Vorteile fördern. Grundsätzlich ist es aber eine Aufgabe von Organisationen und Vereinen, dass Ehrenamt pflegen.



Grüne

Wir sehen die Hamburger Jugendverbände als Orte des gelebten Jugend-Engagements und der demokratischen Selbstorganisation. Wir wollen die Jugendverbände weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen und die Förderung so gestalten, dass Preissteigerungen nicht auf den Schultern von Ehrenamtlichen und den Familien der Kinder und Jugendlichen ›abgeladen‹ werden. Wir setzen uns weiterhin für diverse, niedrigschwellige Förderinstrumente von Engagementprojekten und -initiativen ein, die besonders für Jugendprojekte zugänglich sind, da sie z. B. auch von Privatpersonen beantragt werden können. So existiert beispielsweise ein Fördertitel in den Hamburger Bezirken, der das Engagement kleiner Initiativen für mehr Toleranz, gegen Vorurteile und Extremismus fördert. Wir machen uns dafür stark, dass die Anzahl der bestehenden Plätze in den Freiwilligendiensten in Hamburg erhöht wird und wollen Freiwilligendienste stärker fördern. Dies beinhaltet auch, je nach Haushaltsslage, eine Landesförderung für Träger der Freiwilligendienste. Für uns steht fest: Die Freiwilligendienste müssen freiwillig bleiben und finanziell gut ausgestattet sein. Einen Pflichtdienst lehnen wir ab.



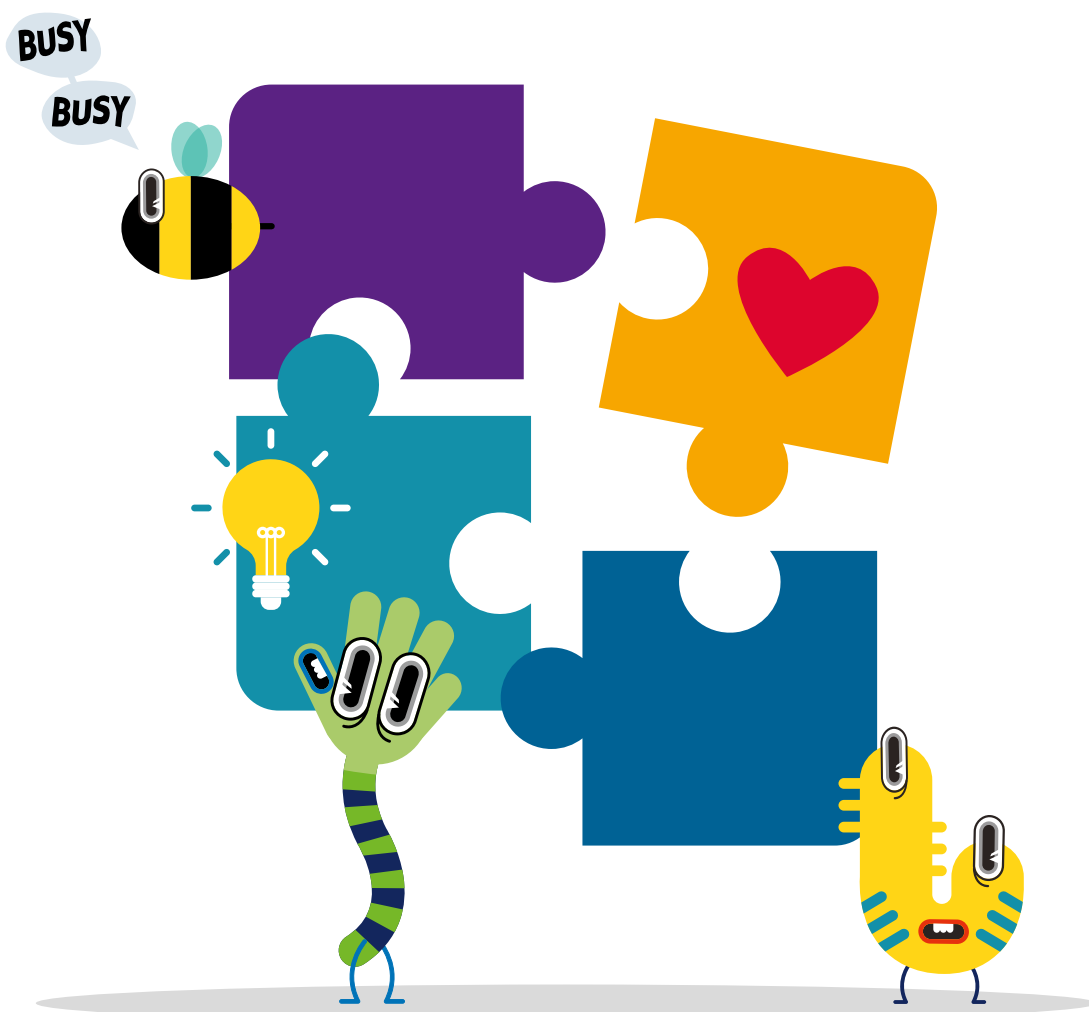
Linke

Wird Ihre Partei als Teil der Hamburger Bürgerschaft jungendliches Engagement und Ehrenamt unterstützen? Wenn ja, wie? Wenn die LINKE regieren würde, würden wir Jugendverbände und Jugendprojekte viel besser finanzieren, da es für Jugendliche wichtige Orte der politischen Bildung und Engagement sind. Jugendliche brauchen genug Räume und sie müssen gut ausgerüstet sein, um sich einbringen und die Dinge verändern zu können: Dazu gehört technisches Equipment, Material, Übersetzer*innen oder auch die gute und unterstützende Anleitung von erfahrenen Menschen. Wir finden es wichtig, dass es mehr Orte gibt, wo sich ehrenamtlich Engagierte treffen und austauschen können oder auch Orte, wo sie emotionale Unterstützung erfahren – denn aktiv zu sein und sich für eine bessere Welt einzusetzen kann auch schon mal richtig an die Substanz gehen.



AfD

Die AfD unterstützt im Bundestag bereits jetzt das Ehrenamt nach Kräften. Leider lehnen die anderen Parteien die Anträge der AfD grundsätzlich ab, damit bleibt viel Potential ungenutzt. Die Hamburger AfD-Fraktion schließt sich der Bundestagsfraktion in diesem Punkt an.



12

Mitwirkung

Kreuze an, wie du die Antworten findest:



Wie können Kinder & Jugendliche an der Politik in Hamburg mitwirken? Wie sehen die Pläne Ihrer Partei für derartige Mitwirkung aus?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Wir haben eine Anhörung zum Thema Jugendbeteiligung in den Bezirken organisiert und daraus die Entscheidung getroffen, die fertigen Konzepte zu Jugendparlamenten in Wandsbek und Altona mit 500.000 Euro für 2025/2026 in ihrer Umsetzung zu fördern. In der SPD ist eine Mitgliedschaft ab einem Alter von 14 Jahren möglich. Mit den Jusos hat die SPD eine Jugendorganisation, die sich aktiv und kritisch an der politischen Willensbildung auf allen Ebenen beteiligt. Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht.



FDP

Jugendliche können in den Jugendorganisationen der Parteien mitwirken und sich ebenfalls in Verbänden, Vereinen und anderen NGOs engagieren. Die FDP unterstützt das, denn es entspricht unserem Leitbild von selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern



Grüne

Wir wollen ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz einführen, um Beteiligung verbindlich zu gestalten. Jugendparlamente und Jugendbeiräte sollen als repräsentative Gremien unterstützt werden – mit eigenem Budget, organisatorischer Hilfe und Rederecht in bezirklichen Ausschüssen. Über eine zentrale Koordinierungsstelle sollen Beteiligungsprojekte in den Bezirken vernetzen und junge Menschen bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen. Zudem fordern wir eine*n Landes-kinder- und Jugendbeauftragte*n als Ansprechperson auf Landesebene. Diese*r soll mit einem Jugendbeirat zusammenarbeiten, um Interessen junger Menschen in der Politik zu vertreten. Ein Jugendcheck soll sicherstellen, dass politische Entscheidungen die Belange von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen. Ziel ist, insbesondere jene zu erreichen, die sich bisher nicht angesprochen fühlten, und echte Mitbestimmung zu schaffen.



Linke

Wir wollen die Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten mit eigenen Budgets in allen Hamburger Bezirken. Und die müssen dann auch bei allen wichtigen Belangen rund um Kinder- und Jugendpolitik auf Augenhöhe einbezogen werden. Politik wird aber nicht nur in Parlamenten gemacht, sondern auch auf der Straße, im Klassenzimmer, im Jugendclub, zu Hause am Familientisch, im Internet ... Wir unterstützen politisches Engagement und schließen uns auch außerparlamentarischen Kämpfen an, etwa den Protesten von Fridays von Future. Wir sind ansprechbar und helfen gerne jüngeren Aktivist*innen, wenn es um Engagement für eine gerechte Welt der Vielen geht!

**AfD**

Über beispielsweise Jugend im Parlament können Jugendliche einen guten Einblick in die Funktionsweise des Parlaments in Hamburg bekommen. Ansonsten freut sich natürlich unsere Jugendorganisation ›Junge Alternative‹ immer über Interessenten und neue Mitglieder.



13

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



LGBTQI*-Rechte

Wie positioniert sich Ihre Partei zum Thema LGBTQI*-Rechte?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Hamburg ist eine Stadt der Vielfalt und Offenheit. Wir als SPD Hamburg setzen uns dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrer geschlechtlichen Identität gleichberechtigt, frei und selbstbestimmt leben können. Der Kampf gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Akzeptanz ist und bleibt ein zentrales Anliegen unserer Politik – und darauf sind wir stolz. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir wichtige Meilensteine für die LSBT*IQ-Community gelegt. Der Landesaktionsplan für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wurde weiterentwickelt und durch konkrete Maßnahmen gestärkt. Mit Projekten in Schulen, Jugendarbeit und der Zivilgesellschaft fördern wir den Respekt für Vielfalt und bekämpfen Diskriminierung. Ein besonderes Zeichen für die Community haben wir mit dem Denk-Ort für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gesetzt, der ein symbolischer Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Akzeptanz ist. Durch die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes, das Verbot sogenannter Konversionstherapien und die Abschaffung des Blutspendeverbots konnte auch auf Bundesebene in den letzten Jahren viel für die rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ-Personen erreicht werden. Wir werden uns weiter für die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität einsetzen, um die Rechte von queeren Menschen auch kraft unserer Verfassung zu schützen. In den kommenden Jahren werden wir uns in Hamburg verstärkt den Herausforderungen widmen, denen ältere LSBT*IQ-Personen, queere Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderungen begegnen. Queere Kultur- und Begegnungsstätten wollen wir erhalten und ausbauen, da sie immer noch einen wichtigen Safe Space bieten. Außerdem setzen wir uns weiterhin für die Prävention und die konsequente Verfolgung von Hasskriminalität ein, unter anderem durch Sensibilisierung von Polizei und Justiz und durch Kampagnen für die Stadtgesellschaft



FDP

Die FDP tritt für die Gleichberechtigung aller Menschen ein. Unabhängig von ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihren Wünschen und Präferenzen und Bedürfnissen.



Grüne

Vielfalt und gegenseitige Wertschätzung sind Grundwerte einer liberalen Gesellschaft. Jeder Mensch, unabhängig von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, hat ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Respekt. Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass Hamburg bei der Förderung von Akzeptanz und Selbstbestimmung queerer Menschen führend bleibt. Bereits 2017 erarbeitete der rot-grüne Senat gemeinsam mit der Community einen Aktionsplan mit 90 Maßnahmen in 11 Handlungsfeldern. Mit der Fortschreibung des Aktionsplans ›Hamburg l(i)ebt vielfältig 2023 wurden neue Rahmenbedingungen geschaffen: Über 150 Maßnahmen fördern Sichtbarkeit, Empowerment, rechtliche Gleichstellung und Teilhabe queerer Menschen. Gleichzeitig bekämpfen wir Diskriminierung und Hass mit Sensibilisierung der Polizei, einer öffentlichen Kampagne und LSBTIQ*-Ansprechpersonen, die Vertrauen stärken und innen wie außen wirken.



Linke

Für uns sind queere Rechte ein ganz wichtiges Thema! Auch in Hamburg nimmt Gewalt gegen LGBTQI*Menschen wieder zu. Für uns steht fest: Kein Mensch darf wegen des eigenen Geschlechts oder der eigenen Sexualität schlechter behandelt werden. In Hamburg gibt es jedes Jahr im August die große CSD-Demo, bei der wir auch als Partei aktiv sind. CSD steht für ›Christopher-Street-Day‹ und ist der Tag, an dem alle LGBTQI* für eine bessere Behandlung, gleiche Rechte und mehr Sichtbarkeit eintreten. Dort kann man mit uns zusammen für LGBTQI*-Rechte protestieren und uns an unserem Stand besuchen, mit uns sprechen, feiern und natürlich auch mit uns zusammen aktiv werden.

Wir protestieren aber nicht nur gegen Gewalt gegen Queers, sondern wollen auch konkrete Verbesserungen umsetzen. Auf Bundesebene setzen wir uns z. B. für eine bessere Gesundheitsversorgung von trans*Personen ein und dafür, dass LGBTQI*-Eltern genauso behandelt werden wie heterosexuelle Eltern. In Hamburg machen wir uns auch dafür stark, dass queere Geflüchtete besser vor Gewalt geschützt werden. Im Rechtsruck dieser Tage geraten die Rechte queerer Menschen wieder verstärkt unter Druck – die Linke steht kompromisslos für die Rechte von LGBTQI*Menschen ein.



AfD

Die AfD steht hinter den Bürgerrechten und dem Grundgesetz, welches allen Bürgern gleiche Rechte zusichert, unabhängig beispielsweise von Herkunft, Religion oder Geschlecht. Bevorzugung oder Benachteiligung aufgrund dieser Merkmale lehnen wir strikt ab und sind daher gegen sogenannte ›LGBTQI*-Rechte‹.



14

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



Migration

Können Sie die Migrations- und Asylpolitik Ihrer Partei für Kinder & Jugendliche beschreiben? Wie will Ihre Partei handeln und warum?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Die SPD setzt sich für eine humane und gerechte Migrations- und Asylpolitik ein, die die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen besonders berücksichtigt. Sie betrachtet Deutschland als vielfältige Einwanderungsgesellschaft und betont die Notwendigkeit, gleiche Chancen auf Teilhabe für alle zu schaffen. Deutschland erfüllt seine humanitäre und völkerrechtliche Pflicht, Menschen in Not Schutz zu bieten. Dies umfasst die Aufnahme von Personen, die vor politischer Verfolgung, Krieg und Gewalt fliehen. Die SPD betont die Bedeutung einer geordneten Migrationspolitik und setzt sich für ein Einwanderungsgesetz ein, das transparent regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann. Die SPD unterstützt zudem das Prinzip der Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder und bei Einbürgerungen, um die Integration zu erleichtern.



FDP

Die FDP bekennt sich zum Asyl für politisch oder religiös verfolgte Menschen. Dieses Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht, das heißt es wird im Einzelfall entschieden. Unabhängig vom Asyl für politisch oder religiös verfolgte, müssen wir die Migration nach Deutschland steuern und begrenzen. Die FDP setzt sich dafür ein Fachkräfte, die in Deutschland gebraucht werden, einwandern zu lassen und sie schnell in den Arbeitsmarkt zu bringen. Dazu wollen wir ein Punktesystem wie beispielsweise Kanada einführen. Das bedeutet, wer in Deutschland arbeiten kann und hier gebraucht wird, der kann kommen, weil er oder sie den eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann. Eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme müssen wir verhindern. Denn das kann sich der deutsche Sozialstaat nicht leisten. Die Einwanderung der letzten Jahre ist eindeutig zu hoch. Die Integration gelingt nicht so gut, wie sie gelingen sollte und viel zu viele Menschen schaffen es nicht eine Arbeit zu finden und den eigenen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Das muss ich unbedingt ändern. Deswegen muss die Zuwanderung nach Deutschland nach dem oben beschriebenen Prinzip begrenzt und konsequent kontrolliert und gesteuert werden.



Grüne

Aktuell leben in Hamburg fast 70.000 Geflüchtete in Erstaufnahmeeinrichtungen, Containerdörfern, Notunterkünften oder sind privat bei Hamburger*innen untergekommen. Viele davon sind Familien mit Kindern. Für uns Grüne hat oberste Priorität, dass die Unterkünfte menschenwürdig und an den Bedürfnissen der Schutzsuchenden, große wie kleine, orientiert sind. Auch in Zukunft setzen wir uns dafür ein, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche wie bisher von Anfang an passende Kita- bzw. Schulangebote, wie zum Beispiel die internationalen Vorbereitungsklassen, bekommen. Deutsch zu erlernen, ist wichtig, um hier anzukommen. Das gilt auch für Kinder, deren Eltern hier illegal leben. Frühe Sprachförderung hilft, Deutschkenntnisse mit Blick auf Schule und Freunde zu verbessern. In allen öffentlichen Unterkünften braucht es weiterhin funktionierende Gewaltpräventions- und Kinderschutzpläne. Und für unbegleitete minderjährige Geflüchtete kümmern wir uns um verbesserte Unterbringung und Betreuung in separaten Einrichtungen.



Linke

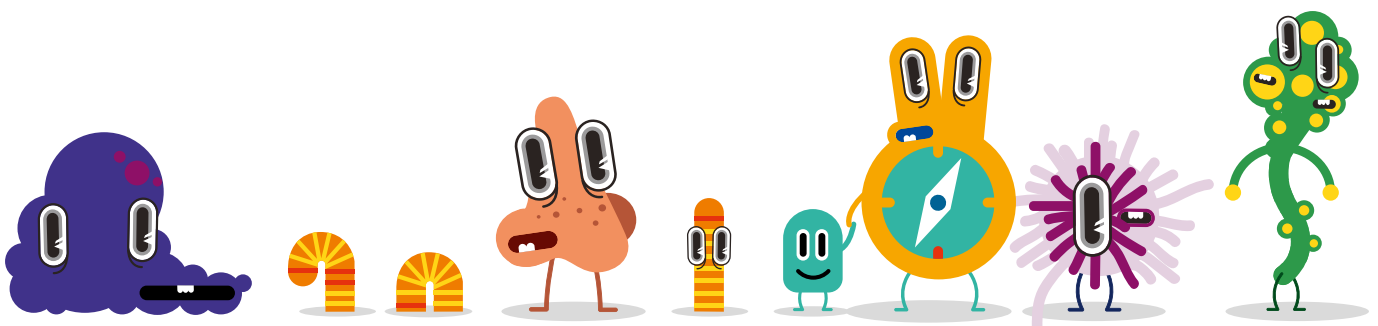
Niemand kann etwas dafür, wo man geboren wird. In vielen Ländern auf der Welt herrscht Krieg oder Menschen werden aus anderen Gründen dort sehr schlecht behandelt, gefoltert oder getötet. Wir müssen all jenen Menschen Schutz bieten, die auf der Flucht sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete in Hamburg ein sicheres und gutes Leben führen können. Wer aus einem anderen Land in Hamburg ankommt, soll sofort die Chance bekommen, Deutsch zu lernen. Geflüchtete Kinder sollen schnell in die Schule gehen können, damit sie mit anderen Kindern zusammen lernen können und hier Freunde finden und die Eltern müssen sofort arbeiten dürfen, um ihre Familie zu versorgen. Geflüchtete, die in Hamburg ankommen, leben oft sehr lange in Containern, manchmal sogar Zelten. Wir wollen, dass alle schnell in einer normalen Wohnung leben können. Geflüchtete Menschen müssen so behandelt werden wie alle anderen. Denn wir sind alle Menschen und das ist das Entscheidende! Rechte Parteien behaupten oft, Geflüchtete seien kriminell oder Terroristen. Das ist rassistischer Blödsinn und brandgefährlich. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist nicht durch Migration gefährdet – der Zusammenhalt der Gesellschaft ist durch die Angstmache vor Migration und die vermeintlich negativen Konsequenzen von Migration gefährdet. Von den 84,6 Mio. Menschen, die in Deutschland leben, sind rund 3,1 Mio. Schutzsuchende. Das sind gerade einmal rund 3,7 % der Bevölkerung. Eine Überforderung Deutschlands – eines der reichsten Länder der Welt – ist das sicher nicht. Und außerdem: In Deutschland werden Migrant*innen dringend benötigt, weil die geburtenstarken Jahrgänge laufend in Rente gehen und dies Pflegenotstand sowie Fachkräftemangel zur Folge hat. Das ist zwar nicht im Kern ein linkes Argument, weil für Die Linke eine gute Behandlung Geflüchteter auch wichtig ist, wenn diese nicht ›benötigt‹ werden. Fakt ist aber: Nach acht und mehr Jahren Aufenthalt haben geflüchtete Männer eine höhere Erwerbstätigenquote (86 %) als die durchschnittliche männliche Bevölkerung in Deutschland (81 %). 70 % der erwerbstätigen Geflüchteten üben eine qualifizierte Tätigkeit aus. Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Geflüchteten arbeitet als Fachkraft. Wir setzen uns mit aller Kraft ein für gute Lebensbedingungen, schnelle Teilhabe und sinnvolle Integration von Migrant*innen.



AfD

Unsere Migrations- und Asylpolitik folgt schlicht dem geltenden Recht. Das bedeutet: Wessen Asylantrag abgelehnt worden ist, hat unmittelbar das Land zu verlassen und soll keine Duldung bekommen, wie das derzeit millionenfach geschieht. Fakt ist nämlich, dass das Asylrecht aktuell fortwährend als Vehikel zur unkontrollierten Masseneinwanderung missbraucht wird. Dieser ungesetzliche Zustand muss schnellstens beendet werden. Nur so kann auch das individuelle Grundrecht auf Asyl erhalten werden. Bei Kriegsflüchtlingen muss wieder gelten: Nach Wegfall des Fluchtgrundes folgt die Remigration. So steht es in der Genfer Konvention. Auch beim Thema Migration ist unsere Haltung klar. Selektive Einwanderung von Fachkräften ist in Ordnung, unkontrollierte Massenmigration in den Sozialstaat führt zu dessen Kollaps und muss schnellstens gestoppt werden. Wir wollen Migration, aber gesteuert und mit Verstand.

Und grundsätzlich gilt beim Thema Migration und Asyl: Wir sind unseren Leuten verpflichtet. Der Einheimische zuerst, Deutschland zuerst, Hamburg zuerst.



15

Kreuze an, wie
du die Antworten
findest:



Wirtschaft

Wie plant Ihre Partei, die Hamburger Wirtschaft zu unterstützen? Wo setzen Sie hierbei Prioritäten?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

SPD

Die SPD Hamburg sieht die Förderung der Wirtschaft als zentrale Grundlage für die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Wir kümmern uns um die Transformation der Wirtschaft, damit sie in Zukunft klimaneutral aufgestellt ist. Mit dem Bau eines 100-Megawatt-Elektrolyseurs und der Etablierung des ›Sustainable Energy Hub‹ im Hafen entsteht eine führende Infrastruktur für die Produktion und den Import von grünem Wasserstoff und Ammoniak. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Energiewende bei, sondern stärken auch die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft. Besondere Priorität liegt für uns auf der Weiterentwicklung des Hafens als wirtschaftlichem Herzstück Hamburgs, der nicht nur als Umschlagplatz dient, sondern auch ein bedeutendes Industrie- und Gewerbegebiet darstellt. Projekte wie die Erneuerung der Köhlbrandbrücke, der Ausbau der Hafenbahn und die Digitalisierung im Rahmen von ›SmartPort‹ sollen Hamburgs Position als internationale Handels- und Innovationsdrehscheibe sichern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Innovationen und der Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige. Mit der Entwicklung von Innovationsparks und Einrichtungen wie der Science City Bahrenfeld will die SPD Hamburg den Standort zu einem führenden Zentrum für Forschung und Technologie ausbauen. Diese Maßnahmen stärken die Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs und fördern zudem auch Startups und Unternehmen, die auf zukunftsweisende Technologien setzen. Auch das Handwerk und die Industrie spielen in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der SPD Hamburg eine wichtige Rolle: Der Masterplan Industrie und der Masterplan Handwerk stellen sicher, dass diese Sektoren durch moderne Infrastruktur, Digitalisierung und gezielte Unterstützung weiterwachsen können. Gleichzeitig setzt sich die SPD für beschleunigte Genehmigungsverfahren und die Nutzung neuer Technologien ein, um nachhaltige und ressourcenschonende Produktionsprozesse zu fördern. So wird die Hamburger Wirtschaft sowohl in traditionellen als auch in neuen Bereichen gestärkt und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet.



FDP

Hamburg braucht eine Wirtschaftswende. Nur wenn die Wirtschaft gut läuft, können auch alle anderen Aufgaben des Staates und der sozialen Sicherung finanziert werden. Das ist unsere Priorität und unsere grundlegende Überzeugung. Dafür muss zunächst die Bürokratie radikal abgebaut werden und alle überflüssigen und sinnlosen Vorschriften müssen ersatzlos gestrichen werden. Zudem müssen die Steuern und Abgaben für Betriebe in Hamburg soweit gesenkt werden, dass sie auf dem gleichen Niveau wie in den angrenzenden Bundesländern sind. Ein weiterer Schlüssel ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Hamburg. Denn nur so werden Erfindungen und Innovationen auch zu erfolgreichen Produkten und Dienstleistungen und damit werden neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Hamburg muss sich auch besser mit den anderen Staaten in Mittel und Nordeuropa vernetzen und zusammenarbeiten, denn das schafft Potenzial für weiteres Wirtschaftswachstum. Wir setzen uns dafür ein, den Hamburger Hafen zu modernisieren und zum qualitativ besten Hafen in Europa zu machen. Es geht nicht allein um Größe, sondern um Qualität und Wettbewerbsfähigkeit.



Grüne

Unser Programm enthält ein umfangreiches Kapitel ›Hamburgs Wohlstand erneuern‹. Wir wollen beste Rahmenbedingungen für Innovation. Deshalb schaffen wir eine finanziell stark ausgestattete Zukunftsstiftung, eine Sonderinnovationszone Science City Bahrenfeld und ein Haus der Innovationen. Exzellente Wissenschaft ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Deshalb unterstützen wir unsere Einrichtungen in der Profilbildung und internationalen Vernetzung. Wir wollen unseren Hafen in die Zukunft führen. Mit hervorragenden Bedingungen für die traditionellen Hafengewerbe und neuen Nutzungsformen. Sinnlose Bürokratie verschwendet Kraft und Geld. Im digitalen Zeitalter sollte niemand wieder und wieder dieselben Informationen ausfüllen müssen. Wir investieren in die Technologie, die Formularberge einspart. Fachkräftemangel wollen wir bekämpfen durch passgenaue Berufsbildung, selbstverständliche Inklusion, diskriminierungsfreie Müttererwerbstätigkeit sowie schnelle Berufsanerkennung.



Linke

Unsere Wirtschaft leidet derzeit vor allem unter einer zerbröckelnden Infrastruktur. Der Ausbau der Glasfaserleitungen, die Strom- und Wärmenetze, die Verkehrsinfrastruktur oder praktisch alle Anlagen im Hafen – über Jahre und Jahrzehnte hat die öffentliche Hand, also der Staat, in Hamburg zu wenig investiert. Und jetzt haben wir auch noch die sogenannte ›Schuldenbremse‹, die solche Investitionen immer weiter erschwert. Wir stehen für eine andere Wirtschaftspolitik, die nicht nur unsere Infrastruktur wieder auf den neuesten Stand bringt, sondern der Wirtschaft auch zusätzliche Aufträge sichert, den Standort stärkt und durch gute Löhne und sichere Jobs auch dafür sorgt, dass die Hamburger*innen wieder Geld zum Ausgeben haben.

Wir wollen aber auch genauer hingucken: Die Wirtschaft überall dort fördern, wo sie Ressourcen schont und dem Gemeinwohl dient. Die Situation der Kleinstunternehmen und Soloselbstständigen verbessern. Und in unseren Bezirken und Quartieren einen funktionsfähigen Mix aus Einzelhandel und Gewerbe sichern. Die Stadt muss aktiv eingreifen, wenn Gebiete durch Tourismus oder Gentrifizierung ihr Gesicht verlieren – nur so lässt sich die gewachsene Vielfalt der Läden und Gewerbe erhalten.

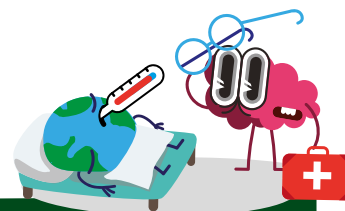


AfD

Die Hamburger AfD setzt auf eine Mischung aus Tradition und digitaler Zukunft. Wir wollen sowohl den Hafen, das wirtschaftliche Herz unserer Stadt, wieder stark machen, gleichzeitig aber auch junge und aufstrebende Branchen, wie zum Beispiel Games, kräftig fördern.



16

Gesundheit

Welche Pläne hat Ihre Partei für das Hamburger Gesundheitssystem? Wie soll die (mentale) Gesundheit der Bürger:innen sichergestellt werden?

Wie wichtig ist dir dieses Thema? Kreuze an:

Kreuze an, wie du die Antworten findest:

**SPD**

Die Menschen in Hamburg erwarten eine hochwertige, verlässliche und an ihren Bedürfnissen ausgerichtete medizinische und pflegerische Versorgung. Praxen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste und psychiatrische Angebote müssen unabhängig von sozialem Status, Herkunft oder Alter für alle gleichermaßen verfügbar sein. Eine gleichwertige Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen und ein breites Angebot bedeuten soziale Gerechtigkeit. Die Forderung nach einer Bürgerversicherung im Bund unterstützen wir. Kinder- und Jugendgesundheit ist eine Schwerpunktaufgabe. Dieser Aufgabe stellen sich die Kitas in unserer Stadt mit Erfolg. Auch die Schulgesundheitsfachkräfte an Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen sorgen dafür, dass junge Menschen gute Startbedingungen für ein gesundes Leben haben. In unserem Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025 konkretisieren wir unsere Vorhaben zu einzelnen wichtigen Bereichen des Hamburger Gesundheitssystems wie die Förderung der Gesundheit vor Ort durch ›Lokale Gesundheitszentren‹, die Gesundheitsprävention, die Krankenhaus- und Notfallversorgung, die Suchtprävention und -hilfe, die Geburtshilfe und die Hilfen am Lebensende. Die Unterstützung psychisch kranker Menschen in Hamburg ist eine wichtige Aufgabe der Hamburger Gesundheitspolitik. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass psychische Erkrankungen die inzwischen häufigste Ursache für längerfristige Krankheitsausfälle sind und psychische Belastungen bei jungen und älteren Menschen in der Pandemie besonders verbreitet waren. Demzufolge müssen Bemühungen im Rahmen der sekundären und tertiären Prävention psychischer Erkrankungen und von deren Chronifizierung auch in der gesundheitlichen Versorgung einen breiteren Raum einnehmen. Wir wollen die psychotherapeutische Versorgung in Hamburg weiter verbessern. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Bedarfsplanung psychotherapeutischer Angebote aktualisiert und für die Deckung des festgestellten Bedarfs gesorgt wird. Bei der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen bedarf es sowohl Präventionsmaßnahmen als auch eines verlässlichen Unterstützungssystems im Falle einer Erkrankung. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Belastungen hat sich die Bedarfslage verändert. Wir entwickeln deshalb das bestehende Hilfesystem weiter.

**FDP**

Wir setzen uns dafür ein dass es in allen Stadtteilen Hamburgs eine ausreichende Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhäusern gibt. Gesundheit und Gesundheitsversorgung dürfen nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil man wohnt. Wir setzen uns auch hier dafür ein, Bürokratie und Vorschriften abzubauen, damit es für Mediziner und andere Dienstleister im Gesundheitssektor einfacher ist, ihre Dienste und ihre Hilfe den Menschen anzubieten.



Grüne

In den ärmeren Stadtteilen Hamburgs bestehen Probleme in der haus- und kinderärztlichen Versorgung. Deshalb müssen bestehende Praxisstandorte in diesen Stadtteilen erhalten und gezielt neue Praxen angesiedelt werden. Wir brauchen eine Förderung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, um den Mangel an Hausärzt*innen zu beheben. In der stationären Versorgung brauchen wir weiterhin ein vielfältiges Angebot, das den unterschiedlichen Bedarfen Rechnung trägt. Kinderkliniken wie das Wilhelmstift in Rahlstedt, die Stadtteilklinik in Mümmelmannsberg oder das Krankenhaus Groß Sand in Wilhelmsburg müssen abgesichert werden. Im öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir den psychiatrischen Notdienst ausbauen. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen möglichst ambulant mit interdisziplinären Teams behandelt werden und seltener in die stationäre Psychiatrie eingewiesen werden. Die Gesundheitsversorgung für obdachlose Menschen muss mit der Straßensozialarbeit verzahnt sein, wie es beispielsweise bei ›Visite Sozial‹ für psychisch kranke Obdachlose der Fall ist. In den Schwerpunktpraxen für Obdachlose werden wir die ärztlichen Sprechstunden ausweiten. Angesichts des Klimawandels haben wir als Regierungskoalition den Senat aufgefordert, einen Hitzeaktionsplan zur Verminderung gesundheitlicher Gefahren zu erstellen. Darin werden vielfältige Maßnahmen enthalten sein, etwa eine bessere Aufklärung und Warnung der Bevölkerung, eine Karte kühler Orte in der Stadt und einrichtungsbezogene Hitzeschutzmaßnahmen.



Linke

Gesundheit ist mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit. Sie ist untrennbar mit den sozialen Lebensverhältnissen verbunden. Faktoren wie Wohnen, Arbeit, Einkommen, Stress, Ausgrenzung und Diskriminierung, Lärm und Gewalt prägen Wohlbefinden und Gesundheit der Menschen maßgeblich. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Gesundheitspolitik nicht nur individuelles Verhalten in den Mittelpunkt stellt, sondern vor allem die sozialen und strukturellen Bedingungen angeht, die krankmachen.

Und wir wissen: Die ärztliche Versorgung in Hamburg ist ungleich verteilt: In Hamburgs reichen Gegenden finden wir viel mehr Haus- und Kinderärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen als dort, wo Armut die Stadtteile prägt. Wir wollen daher städtische Gesundheitszentren einführen, die in unterversorgten Stadtteilen wohnortnah und barrierefrei mit Ärzt*innen-Teams, Sozialberater*innen und Psychotherapeut*innen wirksame Hilfe leisten. Die Linke ist davon überzeugt, dass nur durch einen umfassenden Ansatz, der soziale Ungleichheit in den Blick nimmt und Versorgungslücken schließt, Gesundheit für alle gewährleistet werden kann.



AfD

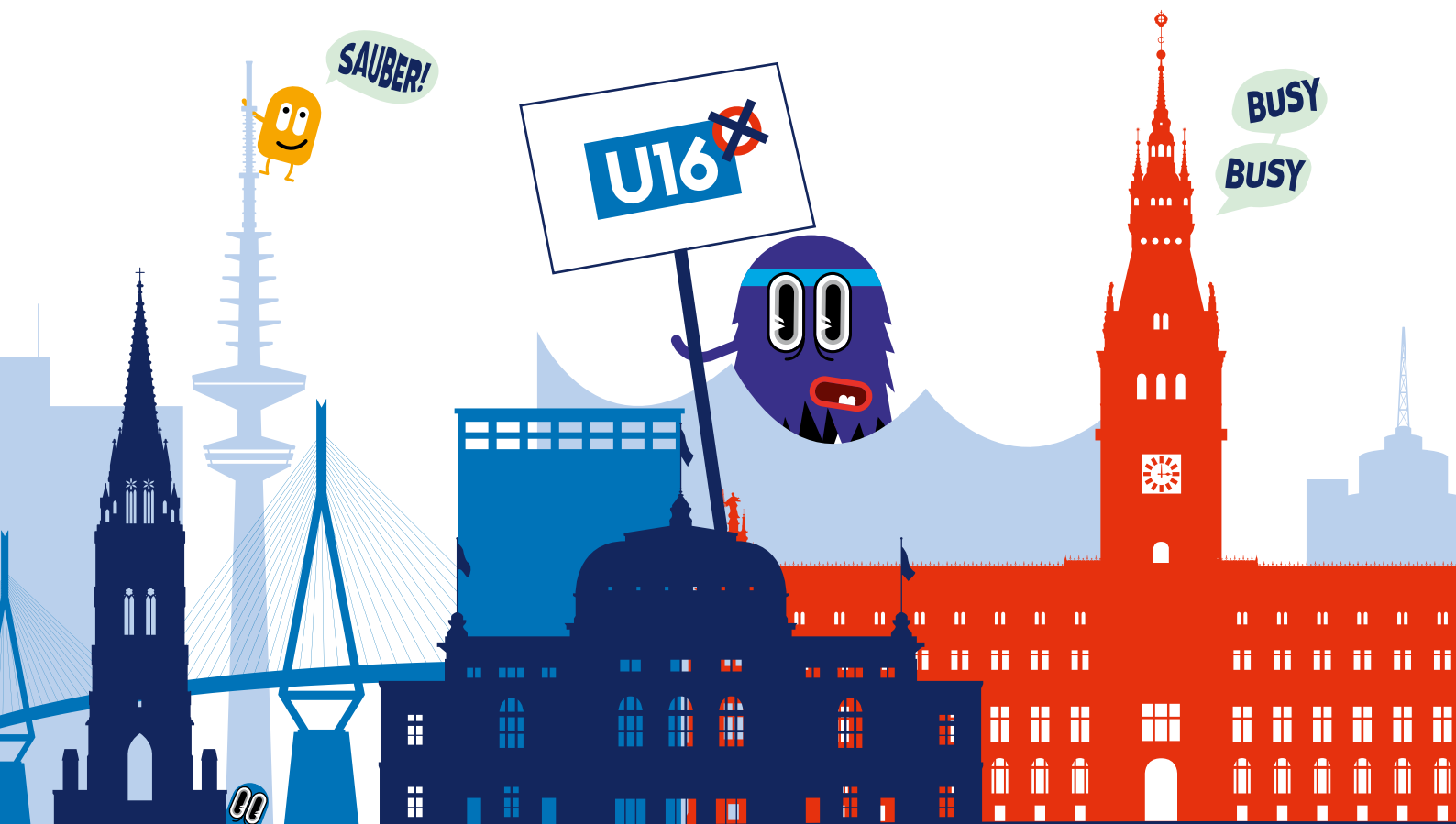
Freiheit und Selbstbestimmung müssen vor staatlicher Regulierung stehen. Wir lehnen jegliche Form von Bevormundung ab. Die Bürger sollen eigenverantwortlich über ihre Gesundheit entscheiden können. Sinn und Zweck aller Corona-Maßnahmen von Schulschließungen, der Lockdowns, Maskentragezwang und Impfpflicht waren weder verhältnismäßig noch wissenschaftlich begründet, sondern wurden aus rein politischen Gründen den Bürgern auferlegt. Zunächst müssen die Corona-Jahre schonungslos aufgearbeitet werden, denn viele Menschen leiden auch psychisch an den Folgen.

Die AfD Hamburg strebt eine umfassende Verbesserung des Gesundheitswesens an. Dem Pflege-Notstand muss mit einer intensiven Förderung der Ausbildung von Pflegekräften entgegengetreten werden. Der Zugang zu medizinischen Diensten muss insbesondere für Senioren, die ohne digitale Unterstützung leben, erleichtert werden. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Hamburger Pflegebedürftige sollen aus Hamburger Haushaltsmitteln finanziell unterstützt werden. Die pflegenden Angehörigen verdienen mehr Anerkennung. Die Ärzte müssen von bürokratischen Routine- und Schreibarbeiten entlastet werden.



Rund um die Bürgerschaft

Die Hamburger Bürgerschaft ist das Parlament der Stadt Hamburg. Sie besteht aus Abgeordneten, die alle fünf Jahre von den Hamburger:innen gewählt werden. Ihre Aufgabe ist es, darüber zu entscheiden, wie Hamburg regiert wird und welche Regeln in der Stadt gelten.





Die Bürgerschaft kümmert sich um viele wichtige Themen, die alle Hamburger:innen betreffen.

- Wie viel Geld für Schulen, Straßen oder Kultur ausgegeben wird.
- Was für Regeln für den Umweltschutz in Hamburg gelten.
- Wie der öffentliche Nahverkehr (Busse & Bahnen), organisiert wird.
- Die meisten Themen, die in dieser Wahlbroschüre behandelt werden.
- Wählt die/den Bürgermeister:in
- Und vieles mehr!



In der Bürgerschaft sitzen Abgeordnete aus verschiedenen Parteien. Je mehr Stimmen eine Partei bei der Wahl bekommt, desto mehr Sitze bekommt sie. Zusammen bestimmen die Abgeordneten, wie Hamburgs Zukunft aussehen soll.



Die Entscheidungen der Bürgerschaft beeinflussen das Leben aller Menschen in Hamburg. Egal ob es um bessere Hobbies, Fahrradwege, Klima, Ausbildung oder Schule geht – die Bürgerschaft sorgt dafür, dass die Stadt funktioniert und sich weiterentwickelt.



Die Abgeordneten treffen sich regelmäßig im Rathaus zu Sitzungen. Dort diskutieren sie über verschiedene Themen, stellen Fragen an die Regierung und stimmen ab, welche Vorschläge umgesetzt werden sollen. Außerdem arbeiten sie in kleinen Gruppen, den sogenannten Ausschüssen, an bestimmten Themen wie Bildung oder Verkehr.



Mehr als 1,31 Millionen Menschen sind in Hamburg wahlberechtigt (von denen aber nur ca. 28.000 jünger als 18 Jahre sind).



Zahlen & Fakten zur Bürgerschaft:

alle **5 JAHRE** wird eine neue Bürgerschaft gewählt
 ... und zwar **seit 2015**, denn vorher wurde alle vier Jahre gewählt.

In der Bürgerschaft sitzen **mindestens 120 Abgeordnete**

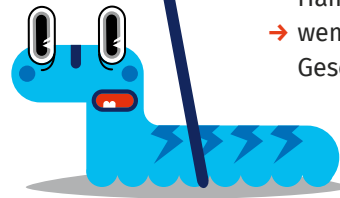
momentan sogar **123**

17 Wahlkreise mit **1.269** Wahllokalen

5 Gewählt wird nach **Wahlgrundsätzen:**

- frei
- geheim
- allgemein
- gleich
- unmittelbar

Wer darf wählen?



- wer einen deutschen Pass besitzt
- wer wenigstens 16 Jahre alt ist
- wer wenigstens seit 3 Monaten in Hamburg lebt
- wem das Wahlrecht nicht von einem Gesetz entzogen wurde

Was bedeuten die 5 Wahlgrundsätze?

1. Frei

- Jede:r kann frei entscheiden, wen oder welche Partei sie oder er wählt. Niemand darf jemanden dazu zwingen, für eine bestimmte Partei zu stimmen.
- Du kannst selbst wählen, welche Partei dir gefällt, ohne dass Eltern, Lehrer:innen oder Freund:innen dir sagen, was du tun musst.

2. Geheim

- Niemand erfährt, was du auf deinem Wahlzettel ankreuzt. Deine Stimme bleibt geheim.
- Du gehst in die Wahlkabine und kreuzt deinen Zettel an. Niemand darf dabei zuschauen.

3. Allgemein

- Jede:r darf wählen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. In Hamburg dürfen alle ab 16 Jahren wählen, die in der Stadt leben und eine deutsche Staatsangehörigkeit haben.
- Es dürfen alle wählen, egal ob sie reich oder arm, jung oder alt sind (ab 16 Jahren).

4. Gleich

- Jede Stimme zählt gleich viel. Es spielt keine Rolle, ob jemand berühmt ist oder nicht – alle haben den gleichen Einfluss.
- Deine Stimme ist genauso wichtig wie die von bekannten Politiker:innen oder berühmten Schauspieler:innen.

5. Unmittelbar

- Du wählst die Abgeordneten direkt, ohne dass eine andere Person zwischen dir und der Entscheidung steht.
- Dein Kreuz auf dem Wahlzettel entscheidet sofort, welche Partei und welche Person deine Stimme bekommt.

Wie läuft die Bürgerschaftswahl ab?

Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft ist ein spannender Teil der Demokratie! Hier ist, wie sie abläuft, einfach erklärt:



Vor der Wahl

Wahlbenachrichtigung bekommen:
Alle, die wählen dürfen, bekommen einen Brief nach Hause geschickt. Darin steht, wo und wann sie wählen können.

Informieren:

Wähler:innen schauen sich an, welche Parteien und Politiker:innen zur Wahl stehen. Sie können im Internet nachlesen oder sich Broschüren anschauen.



Am Wahltag

Ins Wahllokal gehen:
Am Wahltag gehst du in das Wahllokal, das auf deiner Wahlbenachrichtigung steht. Die Wahllokale sind meistens in Schulen oder Gemeindehäusern.

Wahlbenachrichtigung zeigen:
Du zeigst deine Wahlbenachrichtigung, damit die Helfer:innen sehen, dass du wählen darfst und im richtigen Wahllokal bist.

Den Stimmzettel bekommen:

Du bekommst zwei große Stimmzettel:

1. Einen für die Partei, die du wählen möchtest.
2. Einen für die Personen, die dich und deinen Wahlkreis im Parlament vertreten sollen.

In die Wahlkabine gehen:

In der Wahlkabine bist du ganz allein. Niemand darf sehen, was du ankreuzt.

Ankreuzen:

Du hast insgesamt 5 Stimmen, die du verteilen kannst:

- Zum Beispiel alle Stimmen für eine Partei,
- oder Stimmen auf verschiedene Personen verteilen.

Stimmzettel in die Wahlurne werfen:

Wenn du fertig bist, steckst du die Zettel in die Urne, eine große Box, in der alle Stimmzettel gesammelt werden.



Nach der Wahl

Stimmen auszählen:
Nach dem Wahlschluss um 18 Uhr zählen Wahlhelfer:innen alle Stimmen aus.

Das Ergebnis:

Am Abend wird vorläufig bekannt gegeben, welche Partei die meisten Stimmen bekommen haben. Im Laufe des folgenden Tages steht in der Regel das endgültige Wahlergebnis fest.

So funktioniert die Wahl in Hamburg – jede Stimme zählt, auch deine, wenn du 16 Jahre alt bist!

MACH MIT!



Warum ist die Wahl wichtig?

Die Menschen, die in die Bürgerschaft gewählt werden, entscheiden über viele wichtige Dinge in Hamburg wie Schulen, Busse und Bahnen oder den Klimaschutz.





Weitere Infos zur Wahlen findet ihr auch bei



Digitaler Wahl-o-Mat der
Bundeszentrale für politische Bildung
wahl-o-mat.de



Wahl-o-Mat zum Aufkleben beim
Landesjugendring Hamburg
ljr-hh.de

Landeskoordination



Lange Reihe 2
20099 Hamburg

040 22 72 16 32
hamburg@u18.org
bdkj.hamburg



Mehr Infos unter:
u16wahl-hamburg.de